

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Bindemann, Magdeburg. — Druck und Verlag von E. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1927 für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 981. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,20 Mk., monatlich 4,00 Mk. Beim Abbestellen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 1,10 Mk., monatlich 3,70 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 1,20 Mk., monatlich 4,00 Mk., ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 40 Pf. — Anzeigengebühr: die gesonderte Preisliste 100 Mk., im Restbetrag Seite 250 Pf., Restzahlung Seite 250 Pf. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer Nr. 2255 Berlin.

Nr. 161.

Magdeburg, Dienstag den 13. Juli 1920.

31. Jahrgang.

Bergarbeiter und Spa.

Die Krise, die auf der Konferenz von Spa wegen der Kohlenfrage entstanden ist, ist nur eine Folge des Friedensvertrags von Versailles. Sie konnte nur vermieden werden, wenn die Alliierten nach Spa in der Absicht kamen, die Bestimmungen des Friedens von Versailles über die Kohlenlieferungen zu revidieren, sie mußte ausbrechen, wenn sie in der Absicht kamen, sie auszuführen.

Nach dem Friedensvertrag hatte Deutschland Frankreich den

Produktionsausfall der zerstörten Bergwerke

zu ersetzen in den ersten 5 Jahren bis zur Höhe von 20 Millionen Tonnen, in den folgenden 5 Jahren bis zu 8 Millionen Tonnen, außerdem 10 Jahre lang jährlich 7 Millionen Tonnen. An Belgien sind 10 Jahre lang jährlich 8 Millionen Tonnen zu liefern. Die vorgeschriebenen Lieferungen für Italien steigen von 1919 bis 1924 von 4½ Millionen Tonnen auf 8½ Millionen Tonnen jährlich. In den folgenden 5 Jahren sind weiter 8½ Millionen Tonnen jährlich an Italien zu liefern. Außerdem hat auch Luxemburg auf Wunsch so viel zu erhalten, wie es bis zum Krieg aus Deutschland bezogen hat.

Die deutschen Kohlenfachverständigen haben schon in Versailles diese Bedingungen für vollkommen undurchführbar erklärt. Deutschland hat im letzten Jahre vor dem Krieg 187,7 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert, wovon etwa 100 Mill. Tonnen der Industrie zur Verfügung blieben. Von dieser Förderung entfallen schon durch die Wegnahme des Saarreviers 14 Millionen Tonnen, weitere 45 Millionen würden verlorengehen, wenn

Oberschlesien an Polen käme.

Die Leistung der Gruben ist durch ihren schlechten Zustand und die Verkürzung der Arbeitszeit um etwa 17,7 Prozent zurückgegangen, so daß als Gesamttertrag nur noch etwas mehr als die Hälfte des Friedensquantums verbliebe. Nach Abzug des notwendigsten Verbrauchs für Hausbrand, Gas und Elektrizität, Wasserwerke, Eisenbahnen und Straßenbahnen würden der deutschen Industrie nur noch 19,6 Millionen Tonnen verbleiben, wenn wirklich die ungeheuren Mengen abgegeben werden müßten, die der Friedensvertrag vorschreibt. Deutschland könnte dann nur noch

den fünften Teil seiner Industrie

und damit seiner Industriebelieferung erhalten.

Das waren in der Hauptsache die Berechnungen der deutschen Kohlenfachverständigen in Versailles. Trotzdem blieben die Kohlenforderungen der Entente unverändert. Daß sie bisher nicht vollständig erfüllt werden konnten, ist weiter nicht verwunderlich. Jetzt aber soll ihre Erfüllung erzwungen werden, indem eine internationale Kommission nach Berlin gesetzt wird, die über die geforderten Mengen nach der Maßgabe zu verfügen hat, daß Frankreichs Ansprüche an sie vorweg befriedigt werden müssen.

Das bedeutet nichts anderes als

die Katastrophe der deutschen Wirtschaft.

Und so wenig man es in Deutschland verstanden haben würde, wenn die deutsche Vertretung in Spa die Verhandlungen an der Entwaffnungsfrage hätte scheitern lassen, so gut wird man es hier, ganz besonders auch in Arbeiterkreisen verstehen, daß die deutschen Delegierten nicht in der Lage waren, sich dem Kohlenultimatum des Herrn Millerand zu fügen.

Wer über die Kohle verfügt, der beherrscht die ganze Wirtschaft. Darum fordert ja die Arbeiterschaft die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft. Was aber Herr Millerand fordert, ist die Ententisierung der deutschen Kohlenwirtschaft, und das bedeutet ihre Ausbeutung nach hochkapitalistischen Grundsätzen auf ausländische Rechnung. Die Einsetzung der internationalen Kohlenkommission in Berlin ist weiter nichts als die Unterwerfung der gesamten deutschen Wirtschaft unter das Gebot des Ententekapitalismus.

Damit geht aber auch der

Widerstand der Arbeiter gegen die Entente

ein, den mit aller Schärfe im Namen aller deutschen Bergarbeiter Genosse Otto Hue als Sachverständiger in Spa angekündigt hat, wenn die Entente versuchen sollte, mit Gewaltmitteln Kohlenlieferungen in einem Maße erzwingen, welche die Rahmlegung der deutschen Industrie und erhöhte Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Hue hat mit Recht auf die Internationale der Bergarbeiter verwiesen, welche es

nicht dulden würde, daß in einem Lande der Achtstundentag durchbrochen wird. Anders wären aber die Kohlenforderungen der Entente nicht zu erfüllen. Ein Durchbrechen des Achtstundentags im Bergbau wäre Raubbau an der Kraft der Bergarbeiter, der sich in späteren Jahren und an den kommenden Generationen fürchtbar rächen müßte.

Bur Mehrarbeit im Bergbau wird sich aber Arbeitslosigkeit in den übrigen Erwerbszweigen gefellen, da ja der Ertrag der Mehrarbeit nicht der deutschen Wirtschaft zugute kommt, sondern ohne Entgelt als Leistung auf die Kriegsschadung ins Ausland gehen soll. Gehen die Verhandlungen weiter, so wird das trostlose Bild noch ergänzt werden durch die weiteren Entschädigungssummen, die im Namen der Wiedergutmachung aus Deutschland herausgedrückt werden sollen. Es wird sich dann herausstellen, daß die Diktatur der Entente über die deutsche Wirtschaft zwar die deutschen Arbeiter arbeitslos macht, zugleich aber auch Deutschland die Mittel entzieht,

um seine Arbeitslosen zu erhalten.

Die Ereignisse in Spa können nur demjenigen überraschend kommen, der sich mit dem Inhalt des Dokuments

Deutschlands Sieg über Polen.

Am Sonntag wurde über das Schicksal West- und Ostpreußens entschieden. Die Provinzen mußten nach dem Friedensvertrag von Versailles befragt werden, ob sie zu Polen oder Deutschland gehören wollten.

Bei der gestrigen Abstimmung wurden abgegeben:

Westpreußen: Gesamtstimmenzahl 99 316, davon für Deutschland 91 634 Stimmen, für Polen 7682 Stimmen. Die Abstimmungsergebnisse aus 29 kleineren Ortschaften stehen noch aus.

Ostpreußen: Gesamtstimmenzahl 261 063, davon für Deutschland 253 655 Stimmen, für Polen 7408 Stimmen.

Die Abstimmungsergebnisse aus 63 Ortschaften stehen noch aus.

Das Ergebnis ist ein überwältigender Sieg Deutschlands und berechtigt zu den besten Hoffnungen für die kommende Abstimmung in Oberschlesien. —

von Versailles nicht hinreichend beschäftigt hat. Es war voranzusehen, daß selbst Erleichterungen, die die Alliierten in Spa gewähren konnten und auf die so mancher in Deutschland hoffte, nicht ausreichen würden, um die ungeheuren Gefahren abzuwenden, die das Dokument von Versailles für die Zukunft der deutschen Wirtschaft in sich birgt. Jetzt hat sich herausgestellt, daß die Alliierten gar nicht daran denken, Deutschland solche Erleichterungen zu gewähren. Sie sind nach Spa gekommen, um dort die Schlinge, die in Versailles der deutschen Wirtschaft um den Hals gelegt worden ist, noch fester zuzuziehen. —

Die Verhandlungen.

Trotz der noch sehr gespannten Situation in Spa, eine Folge des ungeschickten Vorgehens der deutschen Delegation und des Diktats der Alliierten, scheint man doch jetzt ernsthaft in das Fahrwasser regelrechter Verhandlungen zu kommen. Allerdings handelt es sich nicht mehr um Militärfragen, wo die Generale als Sachverständige die Schwierigkeiten mit dem Säbel durchhauen, sondern um Wirtschaftsfragen, die so einfach nicht gelöst werden können. Im Zentrum der Wirtschaftsfragen steht die Kohlenfrage, die wieder im wesentlichen eine Arbeiterfrage ist. Ueber die Verhandlungen erhielten wir folgende telegraphische Berichte:

Die Sonnabend-Sitzung der Konferenz wurde um 10½ Uhr eröffnet. Minister Dr. Simons erklärte, daß er den Alliierten nicht das Recht zu den beabsichtigten Maßnahmen anerkennen

könne, da ein böswilliges Unterlassen Deutschlands bei der Nichteinhaltung der Kohlenlieferungen nicht vorliegt, Mahregeln, die Deutschland wieder als Diktat auferlegt werden sollten. Die deutsche Regierung habe beabsichtigt, in der mit der ganzen Wiedergutmachungsfrage in Zusammenhang stehenden Kohlenfrage bestimmte Pläne vorzulegen, welche den berechtigten Ansprüchen und besonders denen Frankreichs Rechnung tragen. Er hätte es für zweckmäßig gehalten, wenn die ganze Frage von einer Sachverständigenkommission geprüft würde, neben der Deutschland noch zwei andere Kommissionen vorschlagen wollte, eine für die technischen Fragen der industriellen Leistungen an die Alliierten, die zweite für die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete und die dritte für die Wirtschaftsfragen und die Finanzierung der deutschen Sach- und Arbeitsleistungen und der internationalen Geldfragen überhaupt. Die Kohlenfrage sei für alle die schwerwiegendste, sie könne nur im Einverständnis mit den Bergarbeitern und den Bergwerksbestreuten gelöst werden. Er habe daher darum, die anwesenden Vertreter dieser beiden Gruppen zu Worte kommen zu lassen. Sie sprächen nicht im Namen der Regierung, sondern, was sie hier sagten, sei ihre persönliche Ansicht und die Ansicht derer, die sie vertreten.

Hierauf nahm Hugo Stinnes das Wort. Seine Ausführungen waren mit ungeschickten Scherzen gespickt, die auf die Alliierten herausfordernd wirkten. Er begann mit der Bemerkung, daß er lebend spreche, um seinen Gegnern ins Auge sehen zu können. Der Vorsitzende griff mit der Bemerkung ein, daß Frieden sei. — Die von Millerand ergebene Zahlen hätte er nicht anerkennen, wenn auch nicht bestreiten. Deutschlands Kohlenleistung sei weit ungünstiger, als Herr Millerand gesagt habe. Wohl müssen große Anstrengungen gemacht werden wegen der zerstörten Gruben, Nordfrankreichs, die 1/3 des Weltkohlenbedarfes ausmachen, sondern wegen mangelhafter Rüstungen. (?! Sie wurden im September und Oktober 1918 auf dem Niedrigstand gestanden, als ein Fortschritt des Krieges nicht mehr gedacht werden konnte. Ann. d. Arb.) Man wolle Deutschland vor, seine Vertragspflichten nicht eingehalten zu haben. Vor dem 10. Mai 1920 brauchte es überhaupt nichts abzuliefern. Stimmes gibt dann genaue Zahlen über die Förderung und das Siedlungsproblem zur Heranziehung neuer Arbeiter. Zum Schluß geht er auf die angebrochene Befragung des Ruhrgebietes ein, kommt auf die Entwaffnungsfrage zurück und erklärt schließlich Punkt 1 bis 4 der von Millerand verlesenen Bedingungen für unannehmbar.

Im Namen sowohl der anwesenden christlichen wie unchristlichen Arbeitervertreter gab hierauf Genosse Hue folgende Erklärung ab:

„Ich will darauf verzichten, auf die Zahlen, die Herr Millerand gestern genannt hat, einzugehen, wie ich mich überhaupt einer großen Kürze befleißigen werde.“

Wir deutschen Bergarbeiter-Delegierten sind der Ueberzeugung, daß wir die Kohlennot als internationales Uebel nur durch internationale Zusammenarbeit aller in Frage kommenden Faktoren lösen können. Wir haben unter uns genau überlegt, und wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Ausführung des Vorschlags Millerands keine Befreiung der internationalen Kohlennot bedeuten, sondern daß Uebel nur noch verschleierten würde. Wir sind also zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Vorschlag praktisch undurchführbar ist, und haben deswegen eine besondere Durchberatung in einer Kommission gewünscht.

Trotz ihrer starken Unterernährung und der dadurch hervorgerufenen hohen Krankheits- und Sterblichkeitsziffer haben sich die deutschen Bergarbeiter in diesem Frühjahr entschlossen, durch das Verfahren von Heberzichten die Kohlennot im eignen Lande zu mildern und so die Ablieferung an die Entente möglichst durchzuführen zu lassen. Die deutschen Bergbau-Unternehmer haben zwar vorgeschlagen, daß die Arbeitszeit regelmäßig weiter verlängert werden solle, aber es ist einfach ausgeschlossen, daß eine weitere Verlängerung der regelmäßigen Schichtzeit eintreten kann, sondern die deutschen Bergarbeiter haben, wie die englischen und amerikanischen Bergarbeiter, als Ziel die sechsstündige Schichtzeit, weil sie der Ueberzeugung sind, durch die sechsstündige Schichtzeit nicht die Kohlenförderung zu schädigen, sondern sie sogar mit der Zeit zu heben.

Die erscheinende Frage, mit der wir an die Erörterung der Erhöhung treten, ist: wie machen wir die Bergarbeiter leistungsfähiger und wie machen wir sie arbeitsfreudiger? Wir können hier beschließen, was wir wollen, eine Konferenz von Diplomaten kann beschließen, was sie will; letzten Endes wird in den Bergbauzentren darüber entschieden, wie die Förderungserhöhung zu ermöglichen ist und wie sie überhaupt vor sich gehen soll. Aus diesem Grunde werden Zwangsmahregeln nur das Gegenstück von dem beabsichtigten Zweck erreichen; darüber sollte man sich von vornherein klar sein, um von diesen Faktoren zu einer Verständigung zu kommen.

Wir deutschen Bergarbeiter-Delegierten sind der Einladung nach Spa gern gefolgt in der Hoffnung, hier mit den Vertretern anderer Länder zu verhandeln, nicht allein zum Zwecke des Wiederaufbaues Frankreichs, sondern der ganzen Welt. Zu dieser Mitarbeit erklären wir als Vertreter der deutschen Bergarbeiterorganisationen uns jederzeit bereit. Ich kann die Vertreter der Entente-Regierungen nur bringen bitten, uns diese Mitarbeit zu ermöglichen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen von Dr. Simons wurde die Konferenz auf Sonntag vertagt. Die Sachverständigen waren inzwischen zu einer Sonderberatung bereits zusammengetreten.

Der vorgelegte deutsche Wirtschaftsplan für die Sachleistungen verlangt u. a.: Deutschland schafft eine umfassende Organisation der gesamten Industrie einschließlich des Handwerks für die Durchführung der Lieferungen. Die Organisation ist zweifacher Art. Soweit die Lieferungen Spezialmaterial betreffen, das hauptsächlich von der Großindustrie hergestellt wird, erfolgt die Vergabe durch die Fachverbände der Industrie. Soweit es sich um Massenartikel, sogenannte Katalogwaren handelt, bei deren Herstellung auch Handwerk und Gewerbe beteiligt ist, werden die Lieferungen durch eine Ausgleichsstelle auf die einzelnen Länder verteilt. Soweit die Länder auch die Fachverbände übernehmen die Lieferung für die tatsächliche Ausführung. Die Sachleistungen sind zu Weltmarktpreisen zu berechnen. In welchem Umfang und in welcher Weise die Anrechnung der Sachleistungen erfolgt, wird bei der Regelung der Wiedergutmachungsschuld bestimmt. Einem Ausschuss Sachverständiger wird die Prüfung des Planes und seiner Durchführung übertragen. Die deutsche Regierung will darauf hin, daß nach ihrer Berechnung die bis zum 1. Mai 1921 zu zahlenden 20 Milliarden Gold nicht nur geleistet sind, sondern, daß bereits ein erheblich höherer Betrag gezahlt ist. Eine Regelung nach der Zukunft kann nur nach der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden. Namentlich muß Deutschland die notwendigen Lebensmittel, Futtermittel, sonstige Danglemittel und sonstige Rohstoffe erhalten und zu angemessenen Zahlungsbedingungen einführen können. Die Entschädigungspflicht ist nicht in Jahresleistungen auszubüden. Die Mindesthöhe der Jahresleistungen ist festzulegen. Die Höhe der Zahlung wird auf die im Vertrag von Versailles genannte Frist von 30 Jahren begrenzt. Die Mindestleistung ist derart zu bemessen, wie es auf Grund der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit irgend möglich ist. Sie umfaßt daher alle Verpflichtungen Deutschlands zu Sach- und Geldleistungen, insbesondere aber die Verpflichtung zur Erstattung der Kosten der Expeditionen der deutschen Armee. Die Jahresleistungen werden zum Teil durch die Sachleistungen gedeckt. Da die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten drei Jahre nicht zu überschätzen ist, soll eine Beteiligung der alliierten Regierungen an der wesentlichen Behandlung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands vorgezogen sein. Hierfür soll ein Mindestkennsatz ausgearbeitet werden. Es ist eine Höchstsumme zu bestimmen, nach deren Uebersteigen Deutschland von jeder weiteren Entschädigungspflicht frei wird. Für die Festsetzung der Mindestjahresleistungen sollen mindestens Sachverständige beider Parteien zusammenzutreten. — Die deutsche Regierung gibt die Anregung, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch eine große internationale Zentralorganisation vornehmen zu lassen. Der Plan ist folgendermaßen gefaßt: Es wird ein internationales Syndikat von Unternehmern gebildet, zu dem allen Staaten die Beteiligung offen gehalten wird. Das Syndikat erhält die Aufgabe, die Aufschaffung und den Aufbau des zerstörten Gebiets durchzuführen. Das Syndikat zieht Unternehmer und Arbeiter aus den alliierten sowie den neutralen Ländern sowie aus Deutschland zu diesen Arbeiten heran. Alle Organisationen sind aufzubauen auf der Grundlage paritätischer Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Auf diesen Wirtschaftsplan werden wir noch zurückkommen. Für heute wollen wir nur hervorheben, daß uns die vorgeschlagene internationale Unternehmerrorganisation sehr merkwürdig ammutet, wenn sie auch auf paritätische Arbeitsgemeinschaften aufgebaut sein soll. Wir halten es übrigens für ausgeschlossen, daß darüber in Spa bereits eine Entscheidung getroffen werden kann.

Lloyd George erkrankt.

In der Sonntags-Sitzung ist eine Verzögerung eingetreten. Lloyd George war nicht erschienen und ließ sich entschuldigen. Er hat sich eine Erkältung zugezogen und soll hohes Fieber haben. Er konnte deshalb nicht ausgehen, und die nächste Sitzung wurde für Montag angelegt.

Die Steuern.

„Nach noch einem Siege werden wir einen Steuerzettel bekommen, der uns die Augen übergehen.“ So schrieb schon im Jahre 1915 der Konterbairer Wilhelm Schiele in der „Neuzeitung“. Die Konterbairer glaubten damals steif und fest an eine siegreiche Beendigung des Krieges, an Kriegsentwöhnung und Ländergewinn. Sie waren außerdem niemals Freunde vom Steuernzahlen und haben sich immer gut zu drücken verstanden. Trotzdem sahen auch sie einer schwarzen Steuerzukunft entgegen. Schon 1915, im Oktober von einem „Steuerfriede“. Die schaffenden Stände des Volkes, die aus Steuern zahlen gewöhnt sind und immer ihre Last schleppen mußten, machten sich auch keine Illusionen, sie wußten genau, daß die 5 Jahre wahrstimmigster Zerstörung aller Lebensgüter neben andern ungeheuren wirtschaftlichen Belastungen auch schwere Steuern bringen würden.

Das Wirtschaftsleben ist in den Kriegsjahren zerrüttert worden. Es wurde damals ungeheuer verdrängt, von Unternehmern der Kriegswirtschaft — die ganze Industrie diente eigentlich dem Kriege — von Schiebern und Lebensmittelhändlern. Die Lebensmittellieferung stand im Zeichen des Resthandels, des Schiebers. Jede Handelsmoral ging zum Teufel. Von dieser Zerstörung, diesem Anshöhlen der Wirtschaft wurde nichts bemerkt im wilden Jubel des Handels, der Kriegsgewinne, der Kriegsarbeit, des Verdienens.

Der Waffenstillstand brachte Stillstand der Kriegsarbeit, Arbeitslosigkeit, zurückbleibende Mannen, Ablieferung von Transportmitteln, gezeichnete deutsche Grenzen, ein tolles Spiel mit den letzten Resten, die Deutschland noch besaß. Nach die „Leder“ in Ost und West fluteten deutsche, lebensnotwendige Waren und Geld ins Ausland, heringeführt wurden viel unnütze Genußmittel. Kein Plan, keine Ordnung; Deutschland war ohnmächtig, es war nicht mehr seiner Grenzen. So verlor das deutsche Geld seiner Wert, die Mark gab in den schlimmsten Tagen 4 Pfennig. So schnell die Preise für alle zum Leben notwendigen Dinge weiter emporg. Wollte heute eine Hausfrau ihren Angehörigen etwas die gleich gute Ernährung wie vor dem Kriege zukommen lassen, ebensowohl Aufwand für Wäsche und Kleidung machen, braucht sie das Zehnfache des damaligen Einkommens. Gewin in gleichen Maße wie die Ausgaben des Einzelhaushalts sind nun auch die Ausgaben des Reiches, des Staates und der Gemeinden für Unterhalt ihrer Arbeiter, Angestellten und Beamten und aller Einrichtungen gesiegen. Bei ihnen kommt noch hinzu, daß sie ungeheure Schuldenlasten zu verzinsen und abzutragen haben und außerdem auf Entnahmen verzichten müssen, die früher bedeutend waren. (Staats- und Stadtbetriebe, die früher Ueberlässe handelten, jetzt aber große Zuschüsse bedürfen.) Die Ausgaben der Stadt Wuppertal zum Beispiel sind von etwa 35 Millionen im Jahre 1913/14 gestiegen auf — einschließlich — 176 Millionen im laufenden Etatsjahr. Wie hoch die Ausgaben des Reiches in diesem Jahre sind, läßt sich auch rechnerisch nicht sicher feststellen. Festgestellt ist nur, daß die Ausgaben des Reiches im Jahre 1919 weit über 74 1/2 Milliarden betragen. Das ist beinahe der zwanzigfache Betrag des letzten Friedensetats.

Was ist zu tun

Die folgende Tabelle zeigt, daß die Steuerlast für die höheren Einkommen progressiv steigen, und zwar bis zu annähernd 60 Prozent des Gesamteinkommens.

helfen sich leicht, indem sie sagen: Daß das Reich zusammenbricht, es kann sich doch nicht halten. Wenn es zusammenbricht, kann es den Arbeitern gleichgültig sein, denn auch das neue Deutschland ist ein Land kapitalistischer Ausbeutung. Man geht noch weiter und proklamiert: Wer weigert dem Reiche die Steuern! Es muß hier aufpassen, daß die „Inskribalken“ Steuerbeweiger lebhaftere Unterstützung erhalten. Agrarier, Großunternehmer und Beamten aus der Wäckerzunft. Diese ehebaren Einkünftler sind nun durchaus nicht für den Umzug der kapitalistischen Gesellschaft, für Beseitigung kapitalistischer Ausbeutung. Im Gegenteil, sie haben ihren Grund gegen das neue Deutschland nur deshalb, weil es der Freiheit der Ausbeutung Grenzen zu setzen bemüht ist. Sie wollen vor allem das ganze neue SteuerSystem zu Falle bringen, weil es ihnen Dasten mit aufbürdet, die sie gar nicht gewohnt sind.

Wenn Deutschland zusammenbricht, so bedeutet das nicht Zusammenbruch des Kapitalismus, Not und Entbehrung der Arbeitenden, sondern Arbeitslosigkeit, Hunger.

Demütigung und Steid für das arbeitende Volk

Der Handel, die Warenzeugung kann vollständig zum Stocken kommen, der arme Teufel, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft, muß dann bei jedem Wiederkauf, der ein Brot, einige Kartoffeln, ein Kleidungsstück zu verkaufen hat, auf dem Bauche aufkriechen, damit er das herbeigebrachte Lebensmittel nur bekommt. „Revolutionäre Energien“ bilden sich nicht in solch einem gedemütigten Hungernden Volke.

Soll das Volk selbstbewußt und freiheitsliebend bleiben, muß es sich durch ehrliche Arbeit nähren können. Arbeit ist nur möglich in einem gesicherten Gemeinwesen mit politischen Rechten des Volkes. Dieses Gemeinwesen zu erhalten, die Rechte des Volkes beständig festigen und erweitern, heißt dem Vorkriegsstand dienen, der Zukunft eines bessern Gemeinschaftslebens eine Stätte bereiten. Darum steht die sozialdemokratische Arbeiterpartei zum demokratischen Deutschland und ist auch gewillt, ihren Anteil an der schweren Steuerlast zu tragen.

Wie ist diese Last verteilt?

Deutschland hat auch in der Steuererhebung nicht die Freiheit eignen Handelns, auch hier bestimmet die siegreichen Feinde. In dem Friedensvertrag von Versailles steht der inhaltsschwere Satz:

Das deutsche SteuerSystem muß ebenso schwer sein, als dasjenige irgendeiner der an Ausschluß der Alliierten betrachteten Mächte.

Das bedeutet, daß Deutschland auch indirekte Steuern im gleichen Verhältnis wie die Ententemächte erheben muß. Frankreich, Belgien, Italien erheben sehr hohe und sehr drückende indirekte Steuern. Unsere Parteigenossen haben es im Reichstag durchgesetzt, daß unsere indirekten Reichsteuern ihre bössartige Wirkung als Poppe verloren haben, daß sie progressiv gestaltet wurden. Dafür nur einige Beispiele: Für die im Preise niedrigst stehenden Zigaretten beträgt die Steuer noch nicht einen Pfennig für das Stück, für die Zweitmarkt-Zigaretten beträgt die Steuer 1,60 Mark. Ebenso steigt bei den Zigaretten die Steuer von den billigsten bis zu den teuersten von 1 bis auf 80 Pf. für das Stück. Beim feingekürzten Rauchtabak beträgt die Steueranzahl für die billigsten Tabakboxen 1,50 Mark für das Pfund, bei den teuersten 30 Mark. Beim Pfeifen-Tabak steigt sich der Steuerfuß für das Pfund von 50 Pf. bei den billigsten Sorten, auf 4,50 Mark bei den teuersten. Die Umsatzsteuer erfaßt die allgemeinen Umsätze mit 1/2 Prozent des Wertes bei jedem Umsatz. Aber diese Steuer erhöht sich auf 15 vom Hundert bei allen Umsätzen von Luxuswaren, wie den teuren Möbeln, Schmuckstücken, feinem Porzellan usw., so daß der Konsum der besten Massen nur ein Zehntel der Steuer zu tragen hat, wie der Luxuskonsum der Reichen und Reichsten.

Wie sind die direkten Steuern verteilt, die aus Einkommen und Vermögen bezahlt werden müssen? Seit einigen Wochen werden den Gehalts- und Lohnempfängern Abzüge gemacht.

Der 10prozentige Steuerabzug

hat Erbitterung ausgelöst, zu Abwehraktionen geführt. Das ist nur zu gut zu verstehen. Trotz der Steigerung der Löhne reicht heute beim Arbeiter, Angestellten und Beamten das Einkommen kaum zum Notwendigsten. Nun wurden ganz rücksichtslos ohne Unterschied bei hohen und niedrigen Einkommen die 10 Prozent abgezogen. Es mußte eine Milderung durchgesetzt werden für die kleineren Einkommen. Das ist geschehen. Es werden vom 1. August an nicht mehr 10 Prozent von der auszahlenden Lohnsumme abgezogen, sondern es bleibt ein Teil des Lohnes unberührt. Wenn ein Arbeiter im Wochenlohn steht, dann werden ihm zunächst für seine Person wöchentlich 30 Mark, für seine Frau, jedes Kind und jede andere Person des Haushalts, die er unterhalten muß, je 10 Mark nicht mit berechnet. Bei einem Arbeiter, der 200 Mark Wochenlohn bekommt, Frau und drei Kinder zu ernähren hat, sieht die Sache folgendermaßen aus:

Lohn	200 Mark
Abzug für Steuerzahler	30 "
Abzüge für Frau und Kinder (vier Personen)	40 "
	bleiben 130 Mark

Der betreffende Arbeiter bekäme 13 Mark abgezogen. Für die Steuerzahler, die nach Abzug dieser Summe für sich und Angehörige des Haushalts noch so viel ausgezahlt bekommen, daß nämlich über 15 000 Mark herauskommen, hat die neue Regelung allerdings eine Verschärfung gebracht. Die höheren Einkommen erfahren folgende Abzüge:

Für die Beträge von	15 000 — 30 000 Mark	15 Prozent
	30 000 — 50 000 "	20 "
	50 000 — 100 000 "	25 "
	100 000 — 150 000 "	30 "
	150 000 — 200 000 "	35 "
	200 000 — 300 000 "	40 "
	300 000 — 500 000 "	45 "
	500 000 — 1 000 000 "	50 "
	1 000 000 und mehr	55 "

Es werden sich auch wieder Schwierigkeiten ergeben, die zum erheblichen Teile darin begründet sind, daß die Art der Steuererhebung neu ist, wie überhaupt das gesamte Steuerwesen von Grund auf umgestaltet ist. Unabhängig muß daran gearbeitet werden, es gerechter auszubauen, seine Härten gegen die arbeitenden Volksschichten zu beseitigen.

Der Steuerabzug bedeutet noch nicht die Steuersumme.

Allgemein ist die Meinung verbreitet, mit dem 10prozentigen Abzug für Steuern ist die Sache erledigt. Das stimmt nicht, jeder Steuerpflichtige wird veranlagt. Jeder Wochen- und Monatsabzug ist nur ein Vorschuß auf die Steuersumme, die auf Grund des Gesamteinkommens zu zahlen ist.

Wieviel muß gezahlt werden?

Die folgende Tabelle zeigt, daß die Steuerlast für die höheren Einkommen progressiv steigen, und zwar bis zu annähernd 60 Prozent des Gesamteinkommens.

Der Steuerfuß beträgt bei einem steuerpflichtigen Jahres-	
einkommen von	
5 000 Mark	= 600 Mark
7 000 "	= 910 "
9 000 "	= 1 260 "
12 500 "	= 1 970 "
20 000 "	= 3 840 "
30 000 "	= 6 770 "
100 000 "	= 34 300 "
500 000 "	= 263 800 "
1 000 000 "	= 553 500 "

Jemand, der ein Einkommen von 1 000 000 Mark jährlich hat, muß also nicht nur 10 Prozent, also 100 000 Mark jährlich Steuern bezahlen, sondern seine Steuerpflicht beträgt infolge der progressiven Steigerung der höheren Einkommen pro Jahr 553 500 Mark. Wir sagen, die zuletzt aufgeführten „biden Personen“ könnten wohl mehr zahlen, sie haben noch Übergewicht zum Leben. Auf die höhere Steuerlast des Reiches und der hohen Einkommen werden wir noch zurückkommen. Jetzt sei zunächst darauf eingegangen, wie die Summe des steuerpflichtigen Einkommens festgestellt wird.

Was kann abgezogen werden?

Das Reichseinkommensteuergesetz gestattet Abzüge für den Steuerpflichtigen, die in keinem der früheren Landessteuergesetze enthalten waren. Es können von dem Einkommen, das der Reichsbesteuerung unterliegt, in Abzug werden die Ausgaben für besondere Arbeitsleistung, die Ausgaben für Fahrkosten von und zu der Arbeitsstelle, der Mehraufwand für den Haushalt, wenn die Ehefrau mitarbeitet, Ausgaben für Schuldenzinsen und Verpflegung, die der Steuerpflichtige und seine Angehörigen für Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Angestellten-, Erwerbslosen-, Witwen- und Waisenversicherung zu zahlen hat. In Abzug können auch gebracht werden die Beiträge zu Sterbefällen, soweit sie einen Betrag von 100 Mark nicht überschreiten. Ferner können in Abzug gebracht werden die Prämien für Todes- und Lebensversicherungen des Steuerpflichtigen und seiner gesamten Angehörigen, soweit diese Prämien den Betrag von 600 Mark nicht überschreiten. Abzugsfähig sind weiter die Beiträge für die Berufsverbände, also für die gewerkschaftlichen Organisationen und die Beiträge an kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen bis zu einem Betrag von 10 Prozent des Einkommens. Es sind also nach dem Reichseinkommensteuergesetz die Parteibeträge für politische Organisationen bei der Veranlagung abzugsfähig.

Um an einem praktischen Beispiel die Veranlagung zur Steuer darzustellen, wollen wir die Steuer eines Arbeiters veranlagung. Dieser Arbeiter, so nehmen wir an, hat eine Familie von Mann, Frau und drei Kindern unter 17 Jahren. Seine Veranlagung nach dem Reichseinkommensteuergesetz wird die folgende sein:

Einkommen des Mannes	9500 Mark
Davon gehen ab	
Steuerfreier Einkommensteil für den Mann	1500 Mark
Steuerfreier Einkommensteil für die Frau	500 "
Steuerfreier Einkommensteil für die Kinder je 700 =	2100 "
Fahrkosten der elektr. Straßenbahn (Monatl. 22 M.)	894 "
Ein Arbeitsantrag	200 "
Schuldzinsen	120 "
Beitragssteil für Kranken-, Invaliden-, Unfallversicherung für den Mann	812 "
desgleichen für die Frau	158 "
Beiträge für Sterbefälle	128 "
Prämien für Todes- und Lebensversicherung für Mann und Frau	280 "
Gewerkschaftsbeiträge für den Mann	158 "
Gewerkschaftsbeiträge für die Frau	48 "
Auf Sammelkassen für Gewerkschaften gezahlt	10 "
Beiträge für den Sozialdemokratischen Verein	26 "
Beiträge für den Arbeiter-Vereinsverein	26 "
	zusammen 5044 Mark
Zur Steuer werden in diesem Beispiel 9500 Mark weniger	6944 Mark = 3556 Mark

nach unten auf volle Hundert abgerundet, veranlagt; das sind also in diesem Falle 3500 Mark. Die Reichseinkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens 10 vom Hundert für die nächsten angefangenen oder vollen 1000 Mark stets 1 vom Hundert mehr. In unserem Beispiel der verbleibenden 3500 Mark steuerpflichtigen Einkommens sind deshalb 395 Mark Steuern pro Jahr zu entrichten.

Hätte der Mann früher unter den alten Steuergesetzen mehr oder weniger bezahlt? Wie steht es überhaupt mit der Höhe der neuen Steuern zu den alten? Wie steht es mit der in Magdeburg beschlossenen Gemeindesteuer aus? Darüber werden wir in einem zweiten Aufsatze einige Nechengepöpel aufstellen.

Patriotische Steuersehen.

Die „Deutsche Zeitung“ bringt eine wütende Zuschrift gegen die Einziehung des Reichsmotopfers, die so diese Einblide in die Denkart des alldeutschen Geldkapitalisten gewährt, daß wir wenigstens einige Sätze aus dem Anfang hien wiedergeben möchten. Der Patriot der „Deutschen Zeitung“ schreibt:

Die Regierung kauft Anklagen, das sogenannte Reichsmotopfer Ergänzender Schöpfung einzuziehen, und die wenigen sich darüber klar zu sein, daß bereits die Bezeichnung dieses, eine ungeheure Kalamität aller Leistungs-pflichtigen darstellendem, Gesetzes als Reichsmotopfer eine Unausführbarkeit mit sich bringt. Denn weder ist das Reich, das jeden Geldbedarf durch die Notenpresse deckt, in Not, noch handelt es sich bei dieser Bekämpfung um ein Opfer. Ein Opfer ist vielmehr eine Leistung, die freiwillig aus der Helligkeit, inneren Ueberzeugung der Notwendigkeit für einen sittlich ernsten Zweck dargebracht wird. Man wird nun nicht behaupten können, daß die Gesamtheit oder auch nur die Mehrheit der bestehenden Staatsbürger diese aufgezogene Gergabe von beträchtlichem Umfang willig und gern bewilligen wird.

Eine solche der Illustration zu der vorerwähnten Behauptung, die „Besten Kreise der Bevölkerung“ zu sein, können die Besten den kaum liefern. Das Eingeständnis, daß sie nur mit höchstem Widerwillen Steuern zahlen, wollen wir uns merken, ebenso die unbedruckene Behauptung, daß das Reich sich nicht in Not befindet, aus der ein abgrundtiefer Nationalismus leuchtet.

Mit juristischen Raffinesse wird von der „Deutschen Zeitung“ sicher als „Nationalistisch“ bezeichnet worden wären, wenn sie in einem Blatte der Linken gestanden hätten, sucht der Einsender dann noch nachzuweisen, daß das Gesetz über das Reichsmotopfer rechtfertigbar wäre, weil die Nationalversammlung am 31. Dezember 1919 nicht mehr das Recht gehabt hätte, Gesetze zu beschließen! Wenn trotzdem das „autoritätsfromme deutsche Volk“ im fälschlicherweise (!) vaterländischen Gefühl das Motopfer bezahlt, so beweist das nach Ansicht des Verfassers nur,

daß die Deutschen alle miteinander Schafe sind, die ihre Schamlosigkeit auch bei dieser Gelegenheit nicht verleugnen.

Daß es wirklich im deutschen Volke Schafe, sogar kapitale Gemmel von ganz beträchtlichen Dimensionen gibt, auch Schamlosigkeit und Hyazinthe genug, das beweist jede Nummer der „Deutschen Zeitung“ zu schlagend, als daß man dagegen Widerstand erheben könnte. Für die Gesamtheit des deutschen Volkes muß diese Beschimpfung jedoch energig zurückgewiesen werden.

Deutschland zugesprochen.

Nach Meldung der deutschen Kommissare der Grenzkommission sind die obererschlesischen Ostkreise und Kungenborf im Kreise Groß-Wartenberg Deutschland zugesprochen worden. Damit ist der Südteil des Kreises wieder mit seiner Kreisstadt verbunden. Die Uebergabe dieser Dörfer erfolgt voraussichtlich in den nächsten Tagen.

Auf Veranlassung des Bürgermeisters von Groß-Wartenberg und des Landrats wurden an den Reichstagsrat und das Ministerium des Äußern in Berlin Telegramme gerichtet, in denen die Stadt Groß-Wartenberg und der Kreisausschuß die dringende Bitte aussprechen, bei der Behandlung der obererschlesisch-polnischen Frage das Abstimmungsrecht der durch den Friedensvertrag abzustimmenden abgetrennten Teile der Kreise Groß-Wartenberg und Kamslau zu erwirken. Das rein landwirtschaftliche Gebiet habe für Polen nur im Zusammenhange mit Oberschlesien-Interesse. Das Selbstbestimmungsrecht erfordert deshalb das Abstimmungsrecht gleichzeitig mit Oberschlesien. —

Polen in Not.

Den Polen steht das Wasser bis über den Hals. Ihre Armee ist an der roten Flut zerbrochen. Jetzt schreien sie um Hilfe. Aus Spa wird gemeldet:

In Anwesenheit von Marschall Foch hatte heute der polnische Ministerpräsident Grabst mit Lloyd George und Willebrand eine wichtige Unterredung. Er suchte um Intervention, damit das im Aufbau begriffene Polen nicht von den Bolschewisten erdrückt werde. Lloyd George und Willebrand erklärten Grabst, daß es schwer halte, Polen materielle Hilfe zu leisten.

Nach der Pariser Zeitung „Le Petit Parisien“ wurde ein Vorschlag Grabst's, bei den Deutschen Munition kaufen zu dürfen, die zur Beförderung oder Auslieferung bestimmt war, von den Alliierten abgelehnt, da der Friedensvertrag von Versailles solche Abtretungen nicht erlaube. Dagegen sind die französische, die englische und die italienische Regierung bereit, in ihren Parlamenten die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine Hilfeleistung für Polen zu erlangen. —

Die Pariser Morgenblätter erklären, daß man sich gestern in Spa mit der kritischen Lage Polens beschäftigt habe. Lloyd George habe Tschitcherine geantwortet, England mache zur Grundbedingung für jede weitere Verhandlung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen. „Matin“ sagt, Lloyd George habe in seinem Männen geantwortet, aber im Einverständnis mit Frankreich, Italien und Japan. Er denke nicht daran, Polen im Stiche zu lassen, und auch nicht daran, einen Sonderfrieden mit Moskau zu schließen. Die letzten Nachrichten von der polnischen Front seien sehr beunruhigend, die Soldaten gingen zum großen Teile zu den Bolschewisten über oder suchten rumanisches Gebiet zu erreichen, das ihnen jedoch verschlossen sei. „Matin“ hält auch Mitteleuropa, namentlich Ungarn, für bedroht, wo in jedem Augenblick beim Vormarsch der Roten Armee eine Bewegung zum Sturz des Ministeriums ausbrechen könne. —

Vom gelobten Lande.

Der Berichterstatter des „Chicago Tribune“, John Clayton, war von seinem Wette nach Sowjetrußland gesandt worden und veröffentlicht in diesem Wette seine Eindrücke. Er hat, schreibt das Blatt am 18. Juni, Rußland als begeistert der Bolschewik betreten und hat es als überzeugten Amerikaner wieder verlassen, der für die Demokratie eintritt und die kommunistischen Doktrinen scharfsten verurteilt. John Clayton hat in Petersburg im Hotel „Albion“ die aus Amerika ausgewiesene Emma Goldman aufgesucht. Sie erklärte, sie habe vom bolschewistischen Rußland genug und sagte:

Es ist alles faul. Rußland befindet sich in traurigster Verfassung. Doch wir können auch nichts anderes erwarten. In den vier Monaten, die ich hier verbracht habe, habe ich erkannt, daß nichts Gutes daran ist. Staatssozialismus oder Staatskapitalismus — man nenne es, wie man will — haben aus Rußland das gemacht, was sie aus jedem Lande machen werden. Sie haben dem Menschen selbst das höchste Freiheit genommen, das er unter dem individuellen Kapitalismus besaß, und ihn den Tyrannen eines Bürokratismus ausgeliefert, der seine Tyrannie damit entschuldigt, daß alles, was er verbricht, für das Wohl der Arbeiter geschehe. Jede Art der Regierung ist schlecht, aber bei der Wahl zwischen dem Staatskapitalismus und dem individuellen Kapitalismus ziehe ich doch den letzteren vor.

Emma Goldman hatte mit John Berkman die Führerschaft der zahlenmäßig sehr schwachen anarchistischen Bewegung der Vereinigten Staaten inne. Sie hat drüben wahre Gimmelsbilder von Sowjetrußland entworfen. Durch ihre Ausweisung ist sie gezwungen worden, persönliche Bekanntschaft mit ihrem Ideal zu machen. Dabei ist sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß das beste Heilmittel gegen den Bolschewismus eine Reise durch Rußland sei. Dieser Meinung sind auch wir. Das bolschewistische Regime weiß sehr wohl, warum es die Zeitungen unterdrückt und Studient Kommissionen nicht grün ist. —

Ein gefährliches Freikorps.

Ein Seitenstück zu den bekannten Vorgängen im Münsterlager anlässlich des Versuchs, den Major Bischoff zu verhaften, spielt sich jetzt im sächsischen Truppenlager Zeithain ab. Dort sind vor einiger Zeit die Mannschaften des Freikorps v. Aulock gebracht worden, die beim Rapp-Bußch in Breslau gehaftet hatten. Damals verschwanden der unabhängige Medaillenträger und der Unabhängige Demmig. Ein Leutnant von Pannowitz vom Freikorps Aulock wurde beschuldigt, an der Ermordung Schottländer's teilgenommen zu haben. Er entfloß ins Ausland, ebenso ein mittelgeschuldigter Oberleutnant Schmick. Ferner erließ der Breslauer Untersuchungsrichter gegen elf Offiziere und Mannschaften des Freikorps Aulock Haftbefehle wegen Mitbeteiligung an diesen Taten sowie auch wegen Mißhandlung anderer Personen. Diese Haftbefehle können aber nicht vollstreckt werden, denn

die Beamten wagen sich nicht in das Lager von Zeithain hinein. Die Beschuldigten haben gegen die Haftbefehle Beschwerde erhoben, da keine Gründe zu dieser Maßnahme vorliegen und die Haftbefehle zum Teil auf Aussagen von Soldaten beruhen, die wegen Diebstahls entlassen worden seien. Die beschuldigten Offiziere haben den General Genst auf Bittsuche, der aus Leipzig in Zeithain eingetroffen ist, ihr „Ehrenwort“ gegeben, nicht fliehen zu wollen. Sie erklären auch, keinen Anlaß dazu zu haben. Der Führer des Freikorps v. Aulock ist vor kurzem in Berlin verhaftet worden. Der Weiterentwicklung dieser Angelegenheit sieht man namentlich in Sachsen und Schlesien mit Spannung entgegen.

Den Amstellern in Sachsen wäre zu empfehlen, dem Beispiel von Rüsse in Hannover zu folgen und eventuell mit Gewalt den Widerstand zu brechen.

Den Amstellern in Sachsen wäre zu empfehlen, dem Beispiel von Rüsse in Hannover zu folgen und eventuell mit Gewalt den Widerstand zu brechen. Schuld eines unabhängigen Staates, daß die Verbrechen nicht glatt verhaftet werden konnten, und zwar durch leichtfertige Verhaftung und Sensationslust. Vor einigen Tagen waren v. Aulock und zwei andere Offiziere in Berlin verhaftet worden. Unserem Breslauer Parteivorstand und der unabhängigen „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ war das bekannt, sie wurden aber gebeten, die Tatsache nicht zu verbreiten, um die übrigen Verdächtigen nicht zu warnen. In Berlin selbst war die Verhaftung erst nach 8 Tagen bekannt geworden. Die Geheimhaltung wäre also ganz gut gelungen, wenn nicht die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ sofort die Verhaftung mitgeteilt und damit den Aulockbanditen das Signal gegeben hätte, sich ein neues Versteck zu suchen, das sie im Lager Zeithain auch glücklich fanden. So muß leider festgesetzt werden, daß die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ schweren Schaden gestiftet und den Märkten ihrer eigenen Parteigenossen einen großen Dienst erwiesen hat. —

Schaffung einer Meuterermarine.

Offiziell wird mitgeteilt: Die Auflösung der 3. Marine-Brigade ist seit dem 31. Mai, die der 8. Marine-Brigade seit dem 20. Juni vollendet. Die Kopfstärke der ehemaligen Marine-Brigaden betrug ursprünglich je 6000 Mann. Das Personal der Brigaden ist zum größten Teil entlassen worden. Die Restbestände (2000 von der 2. und 2500 von der 8. Marine-Brigade) enthalten lediglich Versuchspersonal, das auf den arbeitsfähigen Staat (15 000 Mann-Quat) der Reichsmarine in Anrechnung kommt. Dieses Personal ist gegenwärtig noch im Senne hav. Munitionslager in den Schiffs-Stammbegehungen der Ostsee und Nordsee zusammengefaßt. Aus den Detachements werden nach und nach die Besatzungen der im Dienst zu stehenden Schiffe und Fahrzeuge der Reichsmarine gebildet, und zwar zunächst für Wehrzwecke.

Von den 15 000 Mann der Marine sollen also fast ein Drittel aus Leuten bestehen, die offen oder verkappt gegen die Regierung gemehrt und ihre reaktionär-monarchistische Gesinnung durch die Tat bewiesen haben. Da kann man sich freilich über das Verhalten der Entente in Spa nicht wundern! —

Auslieferung Großberlins an die Reaktion?

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung verfügte nach der Wahl vom 20. Juni von den 225 Sitzen die Bürgerlichen über 100, die Unabhängigen über 87, die Sozialdemokraten über 88. Die Unabhängigen haben nun beschlossen, als Oberbürgermeister ihren Freund Bermuth, den ehemaligen konservativen Staatssekretär Wilhelm L., zu wählen; als Vizebürgermeister einen Sozialdemokraten, dessen Person sie auszuwählen wollen. Als Stadträte sollen lediglich Sozialdemokraten der beiden Richtungen gewählt werden. Da für die unbesoldeten Magistratsmitglieder das Gesetz selbst Verhältniswahl vorschreibt, sollen nur besoldete Stadträte gewählt werden.

Diese Absichten laufen auf eine Vergewaltigung der bürgerlichen Minderheit hinaus, die kein demokratisch gesinnter und rechtlich denkender Mann mitmachen kann. Ganz abgesehen davon, daß man die Sachkunde und Erfahrung der bisherigen bürgerlichen Stadträte nicht einfach ausschalten kann, würden die Bürgerlichen sich für diese Brutalisierung in der Einheitsgemeinde leicht dadurch rächen können, daß sie in allen Bezirken, in denen sie die Mehrheit haben, die Arbeitervertreter gänzlich ausschalten. Die Unabhängigen aber können für den Fall, daß ihre Bedingungen nicht angenommen werden, sich überhaupt nicht am Groß-Berliner Magistrat zu beteiligen. Obwohl die „Freiheit“ jüngst selbst auseinandergelegt hat, daß diese Ablehnung jeder Koalition in den Einzelstaaten und Gemeinden nicht einmal nach unabhängigen Anforderungen berechtigt sei, beharren die Berliner Unabhängigen auf ihrem Scheinradikalismus und drohen dadurch die Verwirklichung des neuen Groß-Berlins mit seinen 4 Millionen Einwohnern dem Bürgerium und der Reaktion auszuliefern. Sie treiben hier dieselbe Katastrophopolitik wie im Reich, nur daß ihre Sinnlosigkeit und Schädlichkeit für die Arbeiterklasse noch sinnfälliger ist als dort. —

Wie die Kohlenruben zerstört wurden.

Bei der Beurteilung der Kriegsverbrechen wird besonders Gewicht auf die Feststellung der Schuldigen gelegt werden, auf deren Befehl hin beim großen deutschen Rückzug die französischen Kohlenruben in einer geradezu wahnwitzigen Weise zerstört worden sind, und zwar ohne jede militärische Notwendigkeit, weil der Betrieb dieser Kohlenruben auf die weitere Kriegsführung selbst wenn diese noch möglich gewesen wäre, ohne Wirkung bleiben mußte.

Das „Bulletin de l'Association internationale des Chemins de fer“ veröffentlicht darüber den folgenden Bericht: „Der neue Präsident der Gesellschaft französischer Zivilingenieure, Herr Eduard Bruner, hat in der ersten Sitzung nach dem Antritt seines Amtes über die

Zerstörung und Wiederherstellung der Kohlenruben

in den Departements des Nordens und des Pas-de-Calais gesprochen und, unter Berufung auf die von deutschen Ingenieurten selbst gefertigten Urkunden, gezeigt, daß die Deutschen ihr Zerstörungswerk gründlich vorbedacht und alle dazu tauglichen Mittel mit vollkommener Technik angewendet haben. Im Herbst 1918 hatte ihre Wissenschaft die Höhe des Hauptwasserpegels in jeder Grubenstimmung errechnet, und sie begannen nun zuerst in den Förderstätten von Courrières und Vievin die Sprengungen. Die technischen Leiter dieser Verbrechen haben uns selbst berichtet, daß sie in den Schächten einen feinen Wallen niederließen, an dessen einem Ende eine Sprengstoffmenge befestigt war; 80 bis 200 Kilogramm; je nach der Schätzung des Kräfteaufwandes, der an jener Stelle nötig sein würde, um in Gerüst und Beton der Grube eine räumlich ausweichende Brücke zu reißen. Die unterirdischen Gänge und Lager wurden mit Wasser gefüllt und um die Schachtfänge alle erlangbaren Stoffe gehäuft, Gitterteile, Kabel, Zehnwert, Menschenleichen, Tierkadaver, um das Wasser zu verschmutzen und die Ausdehnung zu erschweren. In all dieses Gehäuse verfenkten sie Granaten und Risten mit Dynamit; daraus, hofften sie, werde sich

im Laufe der Rettungsarbeiten die Möglichkeit von Explosionen ergeben. Danach kamen die Schächte der Minengesellschaft von Lens an die Reihe. Von mehr als zwanzig Schächten blieb nicht einer verschont; erst dadurch wird begreiflich, daß ein Gebiet, aus dem alljährlich mehr als vier Millionen Tonnen Kohle gefördert wurden, völlig bis an den Rand der Erdoberfläche überschwemmt werden konnte. Methodisch wurde im Oktober 1918 noch über Tag alles durch Dynamit zerstört; jeder Raum, jede Maschine samt den Röhren, Schieberauszügen, Rührselbstlösen; jeder Motor-

bauteil wurde am Mehlentager abgehängt, und jedes Rahmengerüst in Stücke zerhackt. Einen Kessel unangeketteter lassen, hätte als Fehler gegolten; Dampfkegel, Walzenräder, Gemböbe, alles gerüstete im Selbst der Granaten und Dynamitmengen. Von den

12 000 Arbeiterkäufern in Lens, von den Tausenden kleiner Käufer in den benachbarten Dörfern und Flecken ist nicht ein Stein auf dem andern geblieben. Auf Jahre hinaus sind 20 Gruben unbrauchbar; in den Minen steht eine Wassermenge von 60 bis 80 Kubikmetern; und ums Doppelte und Dreifache mehr wäre auszupumpen, ehe auch nur die Bretchen in der Zimmerung erreichbar werden. Eine Fördermenge von 20 Millionen Tonnen, die in jedem Jahr um mehr als eine Million wuchs und 1920 28 Millionen ergeben hätte, ist vernichtet, und vor 1880 an eine Wiederherstellung nicht zu denken. So steht die Bilanz eines Zerstörungswerkes aus, für das der Krieg, der Waffentamp selbst kaum verantwortlich zu machen ist.

Nach dieser Schilderung ist wohl verständlich, woher die ungeheuren Ansprüche Frankreichs an unsere Kohlenlieferung kommen. Und es bedarf wohl kaum eines Wortes, um auszudrücken, daß die Empörung über dieses fribale Zerstörungswerk im deutschen Volk heute ebenso tief ist wie in jedem andern Lande. Wenn es gelingt, die Verantwortlichen dafür festzustellen, wird man ihnen keinerlei Milderungsgründe zusprechen können. Sie haben sich weit mehr als gegen Frankreich

gegen ihr eigenes Volk veründigt, und haben keinen Anspruch, anders als gemeinliche Verbrecher behandelt zu werden. Aber die gewaltigen Entschädigungen, die für das Zerstörungswerk nun verlangt werden, sind natürlich damit nicht zu bezahlen. Für sie muß das deutsche Volk aufkommen. Es darf aber verlangen, daß man auf seine erschöpften Kräfte Rücksicht nimmt und ihm nicht mit derselben verbrecherischen Gesinnung entgegentritt, wie sie im Kriege als nationale Tugend gefeiert wurde. —

Phil Eulenburg.

Fast 13 Jahre ist es jetzt her, daß Graf Phil zu Eulenburg wegen Verletzung der Eidspflicht vor den Geschwornen stand. Die Verhandlung mußte damals bekanntlich abgebrochen werden, weil die Akte erklärte, daß ihre Fortführung für den Angeklagten lebensgefährlich wäre. Seitdem ruht der Prozeß, und der Eulenburg, der inzwischen 74 Jahre alt geworden ist, lebt ruhig weiter auf seinem Schlosse Liebenberg.

Der Reichsausschuß der Preussischen Landesversammlung hatte sich in diesen Tagen mit einer Petition zu beschäftigen, welche die endliche Wiederaufnahme und Durchführung des Eulenburg-Prozesses fordert. Diese Petition hat ein merkwürdiges Schicksal gehabt. Bereits im vorigen Jahre sollte der unabhängige Abgeordnete Dr. Rosenfeld darüber berichten, aber er fehlte in der Sitzung, und die Angelegenheit mußte verlagert werden. Seitdem ist er erst aus dem Reichsausschuß und dann aus der Landesversammlung ausgeschieden, und niemand weiß, wo die Petition geblieben ist. Der Ausschuß konnte sich nicht anders helfen, als daß er auch ohne die Petition in die materielle Behandlung der Frage eintrat.

Da konnte denn der Regierungsvizepräsident bitten, daß Phil Eulenburg mindestens alle Jahre zweimal von allen möglichen Kreisen untersucht wird. Es haben bereits über 20 Untersuchungen stattgefunden, Geheimrat Krause, Geheimrat Straßmann, Gerichtsrat Dr. Strauch, Professor Brauer aus Hamburg und zahllose andre Kapazitätien sind bemüht worden, man hat die umfangreichsten Vorrichtungsregeln ergriffen — Telephonüberwachung, Automobilfahrten, große Umwege — um überausend in Liebenberg zu erscheinen, aber alle Untersuchungen haben zu demselben Ergebnis geführt, daß Eulenburg an fortgeschrittener Arterienverkalkung, Herzverbreiterung, Sticht und allen möglichen andern Krankheiten leidet, daß er

nicht verhandlungsfähig ist und auch keine Aussicht darauf besteht, daß er es noch jemals wird. Man hat die wissenschaftliche Deputation und das Medizinalkollegium zu Oberursachen aufgefordert und das Ergebnis ist das gleiche geblieben. Als einzigen Trost konnte der Regierungsvizepräsident hinzusetzen, daß bei den Staatsanwaltschaften Berlin I und 2 an 60 solcher Fälle schweben, in denen gegen kranke Angeklagte seit langen Jahren nicht verhandelt werden kann. J. gegen den Reichskriegsminister Metelky. — Der Ausschluß beschloß schließlich noch einmal zu versuchen, ob die Petition nicht herbeigeführt werden kann. In der Sache wird sich kaum noch etwas tun lassen: der Prozeß Eulenburg wird wohl nie wieder ausgenommen werden, und eines Tages, der Tag ist vielleicht noch fern, da Phil ungeachtet gepflegt wird — wird er eines natürlichen Todes in Freiheit sterben. —

Notizen.

Schleichhandel mit Getreide. Das bayerische Landwirtschaftsministerium hat an die bayerischen Kommunalverbände und Gemeindebehörden eine Bekanntmachung erlassen, worin es heißt, daß schon jetzt größere Bestände Getreide von Schleichhändlern aufgekauft werden und daß verschiedene Mühlen bereits von zahlreichen Personen, die gar keinen Fußbreit Ackerland besitzen, mit der Vermahlung von Getreide beauftragt sein sollen. Die Kommunalverbände und Gemeindebehörden werden beauftragt, gegen dieses gemeingefährliche Gebaren mit tüchtigster Strenge einzuschreiten. —

Depeschen.

Falsche Nachrichten.

Witterfeld, 12. Juli. Die Alarmnachrichten, daß die Grube Golpa bei Witterfeld infolge des dort ausgebrochenen Streiks erschlossen sei und auch die beiden Pumpstationen unter Wasser ständen, entspricht nicht den Tatsachen. Die Nachricht dürfte darauf zurückzuführen sein, daß am Sonntag die Notstandsarbeiten nicht verrichtet worden sind und infolgedessen das Wasser in der Grube hart gefroren war. Am Sonntag sind die Notstandsarbeiten wieder aufgenommen worden. —

Abgebrochener Streit.

Halle, 12. Juli. Der am Sonntagabend auf den Neunawerken bei Merseburg ausgebrochene Streik ist am Montag wieder beigelegt worden. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos.
Kukirol 100 000 fach bewährt.
Preis M. 2,50 —
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Herrn Lorenz, Alter Markt. A1

Regenschirme
werden so schnell und sauber repariert
Oscar Jacob, Schirmfabrik
Br.-iltoweg 44. A17

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. Juli 1920.

Für Deutschland, gegen polnische Willkürakte.

Am getragenen Sonntag fand in Ost- und Westpreußen die Abstimmung statt, deren glänzendes Ergebnis inzwischen bekannt geworden ist. Auch Magdeburg stand zeitweilig im Zeichen des Abstimmungstags. Seit Sonnabend mittag hatten die öffentlichen Gebäude Flaggenstange angelegt. Den Höhepunkt bildete aber die vom Deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen zum Sonntag vormittag einberufene Protestkundgebung gegen die polnischen Willkürakte.

Der große Saal des „Hohenzollernparks“ war sehr gut besetzt, als um 11 Uhr die Veranstaltung mit Vorträgen einer Militärkapelle eröffnet wurde. Nach Gesangsdarbietungen dreier Gesangsvereine unter Leitung des Lehrers Kupferschmidt sprach Dr. Prost vom Verein der Obersächsischen über die Bedeutung des Tages und legte scharfen Protest ein gegen die polnischen Versuche, die Abstimmung durch Willkürakte und Gewaltmaßnahmen zu beeinflussen oder unmöglich zu machen. Er gab am Schluß der Festrede Ausdruck, daß der Abstimmungstag ein deutscher Siegestag werden möge. Ihm folgte als Hauptredner der Pressechef beim Oberpräsidenten, Burgbard. Er schilderte zunächst den Eifer, mit dem die Vorbereitungen für die Abstimmung getroffen wurden, die Reize der Tausende, die in der Heimat durch die Abgabe ihrer Stimme die bedrohten Gebiete dem Vaterland erhalten wollten. Eingehend legte er dann die Schwierigkeiten dar, die die Polen ins Werk setzten, um das Abstimmungsergebnis für sie günstig zu gestalten, und, als sie sahen, daß ihnen das nicht gelingen würde, die Abstimmung überhaupt zu verhindern. Die Sperung des polnischen Korridors und die Verschönerung der deutschen Flugzeuge war der größte Verstoß gegen den Geist der Gerechtigkeit und der Versöhnung.

Trotzdem ist Deutschland nicht zu vernichten, es wird leben und der Tag wird kommen, wo ihm Recht wird.

Nach weitem Gesangs- und Musikvortrag ging es in geschlossenem Zuge, in dem zahlreiche Schilder getragen wurden, unter Voranritt einer Musikkapelle zum Alten Markt. Auch hier gestaltete sich die Kundgebung zu einer mächtigen Demonstration für das deutsche Volkstum. Musikvorzüge, Gesangsdarbietungen und eine Ansprache Burgbards wechselten ab. Einstimmig wurde die folgende Resolution angenommen:

Tausende deutscher Frauen und Männer Magdeburgs erheben einmütigen Einspruch gegen die Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes seitens der Polen, Franzosen und Belgier. Sie fordern unbedingte gerechte Zulassung der Heimatberechtigten zur Vollabschlusung ohne jede Behinderung. Abstimmungsrechtlose Ost- und Westpreußen, die durch diese Beschränkung an der Reife verhindert sind, bringen auf Anerkennung ihrer Stimmen, die sie in Magdeburg abgeben werden. Das deutsche Volk will Frieden mit der Welt. Fern, dieser kann sich jedoch nur auf Gerechtigkeit aufbauen. Wir erwarten, daß trotz der Behinderung der Abstimmung heute der deutsche Gedanke in Ost- und Westpreußen zum Siege geführt wird.

Auch in andern Städten haben gleiche Kundgebungen stattgefunden. Der Ausfall der Abstimmung hat alle diese Veranstaltungen in bester Weise gekrönt.

Sieben Einbrecher und Hehler verhaftet.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag zwischen 3 und 4 Uhr bemerkte eine Streifgruppe der Sicherheitswehr in der Kaffeehause Neustädter Straße 24 noch Nichts. Da sie auch sonst noch Anzeichen bemerkte, die ihr verdächtig schienen, drang sie in das Lokal ein. Sofort wurde von den nächtlichen Besuchern das Licht ausgebläst und die Beamten mit Säblen und andern Gerätschaften beworfen. Nach dem Kommando „Hände hoch!“ versuchten der Wirt und die Wirtin nach dem Hofe zu fliehen, worauf die Sicherheitswehr schoss. Ein Pistolenschuß verletzte die Frau Orgel so schwer, daß sie nach dem Altkrankenhaus gebracht werden mußte.

Die Durchsuchung des Lokals führte zur Verhaftung von noch sechs Personen, die ihre Bente aus drei nächtlichen Einbrüchen hier niedergelegt hatten. Sie bestanden aus etwa 20 Broten, Butter, Schokolade, Bonbons, einer Labenlatze und andern Sachen. Festgestellt wurde seither ein Einbruch in einer Drogerie der Pfälzerstraße und ein Besuch beim Bäckermeister Reichardt, Altes Fischerufer.

Wirt und Wirtin der Kaffeehause sollen bei den Diebstahlfahrten die Rollen der Schmierestehler und Hehler übernommen haben.

Zwei Todesurteile.

Am Morgen des 11. März wurde der 27 Jahre alte Arbeiter Otto Meier aus Barleben auf der Barleber Chaussee an der Störcherigen Ziegelei tot mit mehreren Schüssen in Unterleib und Genick aufgefunden. Er war tags zuvor mit etwas über 100 Mark Bargeld von Hause fortgegangen, um sich in Magdeburg Arbeit zu suchen. Als der Tat verdächtig wurden die Arbeiter Heinrich Weiler und Karl Gehricke aus Wolmirstedt festgestellt. Sie legten schon am Tage ihrer Verhaftung das Geständnis ab, daß sie Meier ermordet und beraubt hatten.

Gehricke und Weiler standen am Sonnabend vor dem hiesigen Schwurgericht. Sie wurden beide zum Tode verurteilt.

Der Einigkeitwille des Arbeiterfängerbundes.

Die Generalversammlung des Arbeiterfängerbundes, denen Delegierte etwa 160 000 Arbeiterfänger vertreten, hat in Kassel getagt. Eine Reihe von weittragenden Beschlüssen wurde gefaßt, die den Arbeiterberuf und die Pflege der Kultur im Volk zu fördern geeignet sind und zum Teil in organisatorischer wie künstlerischer Hinsicht neue Wege bedeuten. Folgende höchst erfreuliche Beschlüsse wurden mit allen gegen drei Stimmen angenommen: Die fünfte Generalversammlung des Deutschen Arbeiterfängerbundes legt das Verzeichnis ab, mit der gesamten arbeitenden Klasse (Hand- und Kopfarbeiter) in ihrem Befreiungskampf zu fühlen und zu denken. Der Arbeiterfängerbund fühlt sich eins mit dem Proletariat im Kampf um die Erringung der politischen Macht und will durch seine Tätigkeit neben den hohen künstlerischen Idealen dieses Ziel erreichen. Hierzu ist aber notwendig, alle fähigen Arbeiter und Angestellten in seinen Reihen zu versammeln. Nicht soll der Bund für eine Partei allein bestimmt sein, sondern alle Sozialisten sind uns herzlich willkommen und sollen mit dazu beitragen, baldigst eine Einigung und Erklarung des Proletariats herbeizuführen, weil eine solche im Interesse der arbeitenden Klasse unbedingt notwendig ist. Der Deutsche Arbeiterfängerbund ist eine Organisation zur Befreiung und Verbreitung künstlerischer Kultur in der Arbeiterschaft und weist alle Versplitterungsversuche mit Entschiedenheit zurück. Dieser Beschluß rettet der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft beider Richtungen aus fremdem Geiste eine Sängerschaft von ungebrochener Leistungskraft und ungehinderter Entwicklungsfähigkeit.

Ein Mahnruf der Zeitungsaussträgerinnen. Der Deutsche Transportarbeiterverband, Branche der Zeitungsaussträgerinnen, sendet der Arbeiterpresse mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Ausführungen: Einen schweren wirtschaftlichen Kampf führen zurzeit die Zeitungsaussträgerinnen infolge des Abonnentenschwundes der Zeitungen. Wenn hier die Entlohnung nicht in dem Maß erfolgen kann wie bei vollbeschäftigten Arbeitern usw., so ist die Arbeit doch eine äußerst anstrengende, da das dauernde Treppenhäufige gesunde Organe und entsprechendes Schuhzeug erfordert. Die Aussträgerinnen erwarten, daß jeder Arbeiter von einer Abbestellung der Arbeiterpresse Abstand nimmt, um den Verdienst der Wotensfrauen nicht zu schmälern. Je größer der Abonnentenstand, desto höher der Verdienst. Da jeder Arbeiter ein Interesse daran hat, daß er seine Arbeitskraft menschenwürdig bezahlt erhält, so sollte er auch nicht vergessen, daß durch Stärkung der Arbeiterpresse seine Interessenvertretung mehr gefördert wird und daß auf der andern Seite allen daran Beschäftigten ein anständiger Verdienst garantiert ist. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich auch bei dem Einfassieren der Abonnementsbeiträge, indem die Aussträgerinnen zwei- bis dreimal vergeblich laufen müssen, um die fälligen Beträge zusammenzubekommen. Hier sollte man auch auf die Aussträgerinnen etwas Rücksicht nehmen und versuchen, den Wotensfrauen Zeitverluste zu ersparen. Die Zeitungsfrauen richten daher die dringende Mahnung an die gesamte Arbeiterschaft, sie in ihrem berechtigten Kampf um ihre Existenz zu unterstützen, denn nur weitestgehende Verbreitung der Arbeiterpresse stärkt den Sozialismus und schafft für alle Teile der arbeitenden Bevölkerung menschenwürdige Zustände.

Sozialdemokratischer Verein

Am Dienstag den 13. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im „Wilhelmspark“, Getharing

Generalversammlung

Der Genosse Weimer spricht über

Die neuen Steuern u. die Stadtgemeinden.

Wir laden hierzu unsere Mitglieder ein. Der Vorstand.

Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch bzw. -ausweis.

„Spartakus“ auf der Landstraße. Das Fuhrwerk des Rittgutsbesizers Jordan, Dinstedt, wurde am 27. Februar 1919 gegen 11 Uhr auf der Straße von Ebdorf nach Ammensleben von sechs Wegelagerern überfallen. Die Laternen wurden mit einer Handgranate zertrümmert; der Besizer und seine Begleiterin mit vorgeschlagenen Revolvern zum Aussteigen und zur Herausgabe des Geldes, 150 Mark, gezwungen. Die Räuber fuhren mit dem Wagen nach Helmstedt, wo sie verhaftet wurden. Während fünf Teilnehmer an dem Überfall freigesprochen worden waren, konnte das Verfahren gegen den sechssten Teilnehmer, den Arbeiter Frei Aus, erst in der Schwurgerichtsverhandlung am Freitag zu Ende geführt werden, weil er bei der ersten Verhandlung noch der Militärgerichtsbarkeit unterlag. Der 1896 geborene Angeklagte ist des Lebens und Ehrelebens nicht kundig. Er will an dem eigentlichen Überfall nicht beteiligt gewesen sein, sondern 100 bis 150 Meter zurückgeblieben sein. An der Fahrt nach Helmstedt habe er teilgenommen und 24 Mark von dem Gelde zum Zigarettenkauf erhalten. Die sechs Wegelagerer hatten ursprünglich beabsichtigt im Gasthof „Zur Darr“ bei Ebdorf einen Diebstahl auszuführen, der aber unterblieb, weil dort nichts zu holen war. Sie beschloßen dann, einen Wagen zu „requirieren“. Ein erster Wagen entkam. Einer der Verbrecher gab einen Schuß hinter ihm her ab. Der zweite wurde mit dem Ruf: „Halt, Aussteigen!“ aufgehalten. Dem Kutscher wurde zurufen: „Wir sind Spartakusleute, wir wollen andre Spartakusleute abholen.“ Runter, wir fahren selber! Der Angeklagte wurde wegen schweren Raubes und Unterstützung mildester Umstände zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Von der Untersuchungshaft wurden 1 Jahr 4 Monate angerechnet. Was sich alles „Spartakus“ nennt.

Schlachtfest auf freiem Felde. Einige Fleischhändler stahlen in einer Januarnacht dem Gutsbesizer Henning in Hanbau ein Aind und sechs Schweine. Die Tiere wurden einige Kilometer von Mandau entfernt abgeschlachtet. Vier geschlachtete Schweine und das Fell des Ainds wurden aufgefunden. Die Arbeiter Otto Brinkmann und Eduard Ruhn aus Schönebeck standen unter der Anklage der Mittäterschaft am Diebstahl vor dem hiesigen Landgericht. Brinkmann wurde wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt, das Verfahren gegen Ruhn mußte zunächst abgebrochen werden.

Von der Feuerwehr. Durch die Bekämpfung eines Feuerwehlers im Walhalla-Theater wurden am Sonnabend abend 8.12 Uhr drei Böschläge zu diesem Theater gerufen. Ursache zur Alarmierung hatten starke Rauchwolken gegeben, welche durch den Brand geratener Bligen aus einem Motor-Auspuffrohr hervorgerufen wurden. Eine Gefahr für das Theater bestand nicht. Die Ansahrt der drei Böschläge, welche bestimmungsgemäß stets bei Meldungen von Theatern erfolgt, hatte eine große Zahl Schaulustiger angelockt, die jedoch nicht auf ihre Kosten kamen.

Lebensmüde. Eine in einer an der Dr. Diebhorfer Straße gelegenen Wirtschaft beschäftigte Saisonarbeiterin versuchte sich am Sonntag mittels Hydrolyt zu vergiften. Bewußtlos wurde sie in das Rahlensbergstift gebracht.

Einem Motor gestohlen, der 18 000 Mark wert war, haben im März d. J. die Arbeiter Gustav Naumann, Gustav Pfirsing und Karl Pirling aus M d l e r. Der Motor konnte seinem Besitzer zurückverfolgt werden. Jeder der Diebe erhielt vom Landgericht 9 Monate Gefängnis.

Gestohlene Uhr? Eine festgenommene Frauensperson besaß in Besitz einer vernickelten Herrenuhr mit arabischen Ziffern, die vermutlich gestohlen ist. Die Uhr befindet sich bei der Sittenpolizei, Polizeipräsidenten, Zimmer 6, zur Verfertigung.

Verstümmelt. Ein herrenlos auf einem Schuttplatz an der Rahlensberger Straße stehender Handwagen gregte am Sonntag die Aufmerksamkeit dortiger Schrebergärtner. Diese fanden nach etwemigen Suchen, daß ein Mann durch Erdmassen verschüttet war. Ein herbeigerufenes Kommando der Feuerwehr grub den Verunglückten als Leiche heraus. Später konnte festgestellt werden, daß es sich um den Motorkraftfahrer 32 wohnhaften Arbeiter Friedrich Schulze handelt, der an diesem Tage seinen 57. Geburtstag beging. Selbiger war beim Ausfahren von Gasloch in einer Grube von dem Unglück betroffen worden.

Ueberfahren. Die 5 Jahre alte Hilbe N. wohnhaft in Niederrubelen, lief am Sonnabendmittag in der Wilhelmstr. einem Radfahrer entgegen, wurde von diesem überfahren und zog dabei anscheinend einen Bruch des rechten Unterschenkels zu. Die Verletzte erhielt auf der Feuerwache einen Notverband und wurde dann von dem Vater in das Krankenhaus Altkath gebracht. Am gleichen Nachmittag wurde der Schüler Hans Lindner, wohnhaft Drei er Weg 88, beim Ueberstreiten der Gleise an der Herrenstr. von einem Straßenbahnwagen erfasst und aber dem rechten Fuß gefahren. Der Schwerverletzte wurde mit einem Krankenwagen der Feuerwache ins Krankenhaus Altkath transportiert.

Ein Knabe ertrunken. Gestern extrant oberhalb der Rothensfer Ueberfahrstelle der 12jährige Schüler Werner K a u h u . Seine Leiche ist noch nicht gefunden. Er trug schwarzweiß gestreifte Badehose. Falls die Leiche gefunden wird, bitten die betraübten Eltern um Nachricht an Kaufgut, Rahlensberger Straße 18.

Reichenlandungen. Am 9. d. M. ist am Neudamm bei Einfahrt zum Industriehof die noch frische Leiche einer unbekannt, etwa 22 Jahre alten männlichen Person gefunden. Sie ist etwa 1,70 Meter groß und mit dunkel gestreifter Badehose bekleidet. Ferner landete am 10. d. M. am rechten Flußufer der Stromelze nördlich der Königstraße die noch frische Leiche einer männlichen, etwa 25 Jahre alten Person, ebenfalls etwa 1,70 Meter groß und mit Badehose bekleidet. Die erstere Leiche befindet sich in der Leichenhalle des Neustädter, die letztere in der des Westfriedhofs. Angaben, die zur Ermittlung der Persönlichkeiten führen können, erbittet die Kriminalpolizei.

Gestohlen wurden auf der Straßenbahn bzw. deren Haltestellen drei goldene Herrenuhren, davon eine mit Monogramm A. G. und eisener Kette, eine mit Monogramm S. S. und goldener Panzerkette; aus einem Kutschwagen in der Altkathener Straße ein dunkelgrünes Koffhaar-Wagenkissen; aus einer Schuhschmiederei eine wertvolle beige, mehrere Flaschen Motwein, Kognak, Zigaretten und Zigaretten; aus Wohnungen am Breiten Wege ein Paar fast neue Damen-Schnürschuhe, am Kaiser-Ditt-Ring weiße Wette, Tafel- und Damen-Leinwände (gez. M. V.), Damenhemden (gez. E. M.), ein Unterrod mit Sticker (gez. E.), ein Friseurtragen mit gestrichelter Kante, eine schwarzweiß karierte Reformhose, ein blauweiß punktiertes Wäscheleid, hellblau vollbesetzte Schürzen; aus einem Hause in der Witticherstraße ein 7 Meter langer Treppendübel, 70 Zentimeter breit, graubraun und gelb gestreift; auf dem Hauptbahnhof eine goldene Herrenuhr mit Klappdeckel; am Wittlagsee ein Kutschwagen mit Photographen, Zubehörsachen; Fahrrad: „Parade“, Vorderrad doppelte Felge, „Vennabor“ mit schwarzen Felgen, „Dirtopp“ mit schwarzen Felgen und „Vennabor“ mit schwarzen Felgen, Damenrad „International“, Nr. 212803, mit gelben, schwarz abgelegten Felgen.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein. Bezahl Wilhelmstadt, Dienstag den 13. Juli, vor Beginn der Generalversammlung (7 1/2 Uhr), Versammlung im „Wilhelmspark“.

Bezahl Neue Altstadt, Donnerstag den 15. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von W. Weidhaal, Morgenstraße 26, Sitzung der Funktionäre und Aussträgerinnen der „Volksstimme“.

Theater, Konzerte etc.

Mitteltagen der Direktionen. Gedächtnistheater, Victoria-Theater, Samstag, Sonntag, Montag die einschlägigen Vorstellungen, „Wald“, „Freitag“, „Acht“, Sonnabend, „Kaut der Schermer“, Sonntag, „Alte Leber“.

Opernhaus, Abendung im Victoria-Theater. Da sämtliche Vorstellungen des Opernhaus „Wald“ vor ausverkauften Häuse stattfinden, nicht sich die Abwesenheit veranlaßt, dieses reizende Schauspiel an den drei letzten Aufführungen des Opernhaus, Morgenstraße 26, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, zu wiederholen (Anfang, „Doris und ihre Männer“).

Sport und Spiele.

Mitteltage-herbergen. Ein Sonderpreis für die Jugendherbergen im Uebelsberg bei Mitteltage (Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig, gesamt 8 Tage) ist im Druck erschienen und durch die Geschäftsstelle in Magdeburg-Gudenburg, Rathgeber Straße 1a III, zu beziehen. Preis 60 Pf., Porto für Zusendung besonders.

Briefkasten.

Geselligkeitsverein. Das Wort können wir nirgends finden.

Provinz und Umgegend.

Parteinachrichten.

Diebsteif. Sozialdemokratischer Verein. Die von uns zum Mittwoch den 14. Juli angekündigte öffentliche Versammlung kann umständehalber nicht stattfinden.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Heinrich Niemann ?

Nach langem schwerem Leiden hat der Tod den Genossen Heinrich Niemann aus Wolmirstedt aus unsern Reihen gerissen. Genosse Niemann war stets ein eifriger Werber für die Sozialdemokratische Partei. Die Genossen können sich ein Beispiel an dem verstorbenen Genossen Niemann nehmen, indem sie in jedem Sinne weiter für die Sozialdemokratische Partei arbeiten. Das ist das beste Andenken, das sie ihm widmen können. Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhause in Wolmirstedt aus statt. Um rege Beteiligung bittet die Agitationskommission. J. A.: Stephan Dörre.

Kreis Wanzleben.

Altkathensleben, 12. Juli. (Schwerer Blutschlag.) Dem am Donnerstag über unsern Ort niedergegangenen schweren Gewitter schlug der Blitz in die elektrische Lichtleitung beim Wohnhaus Nr. 58b. Die Ehefrau des Arbeiters Mettner sowie drei Kinder wurden dabei getroffen und trugen Verletzungen davon, deren Folgen bis zur Stunde noch nicht ganz behoben sind.

Egefen, 12. Juli. (Eoblicher Unfall.) Der Kohlenhändler Heinrich Thriene hatte auf dem Schiffe der Grube Sophie am Donnerstag Kohlen geladen und fuhr vom Werksplatz nach der Chaussee als von ihm unbemerkt der 12.55 Uhr von Bledendorf abgehende Personenzug heran kam. Dieser schlug den Wagen am Vorderteil und zerstürmte ihn vollständig, die Pferde kamen dadurch frei und liefen ohne Schaden genommen zu haben, davon. Der Wagenführer Thriene erhielt bei dem Zusammenprall einen Stoß gegen den Kopf, der die Schädeldede schwer verletzte. Er wurde in den vorüberfließenden Wassergaben geworfen, so daß für den Bewußtlosen auch die Gefahr des Ertrinkens entstand. Im Krankenhause ist er am Freitag vormittag, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, verstorben. Der Verstorbenen hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Wanzleben, 12. Juli. (Mißstände in einer Holzwarenfabrik.) Vom Holzarbeiterverband, Bezirksstelle Magdeburg, wird geschrieben: In der Holzwarenfabrik von Oskar B a n d e r herrscht der Besitzer wie ein kleiner König. Wer es wagt, ihm zu widersprechen oder gar eine eigene Meinung zu haben, der kann leiden. Die Arbeiterschaft von Wanzleben kann in dieser Beziehung schon ein

schon fragen. Das auch Herr Handt während des Krieges viel Geld gemacht hat, ist selbstverständlich, wenn man berücksichtigt, was dort für reichliche Löhne gezahlt worden sind. Wurden doch noch vor kaum 8 Monaten Löhne von 90 Pfennig pro Stunde bezahlt. Wo sich die Arbeiterkraft nun aber organisiert, folgte naturgemäß auch die Verbesserung der Löhne. Das war Herr Handt ein Dorn im Auge, und er versuchte fortgesetzt, die organisierten Arbeiter an die Arbeit zu ziehen. So auch wieder Anfang Juni, nur mit dem Unterschiede, daß die Arbeiter sich diesmal die Sache nicht gefallen ließen. Wegen der Entlassungen wurde vom Verband bei dem Schlichtungsausschuss Klage auf Wiederinstellung resp. Schadenersatzleistung gestellt. Die Verhandlung gestaltete sich recht interessant. Dem Herrn waren es höchlich Dilettanten, daß ein Arbeiter sein Recht vor einer derartigen Instanz suchen konnte, und er glaubte dem Schlichtungsausschuss durch sein neobles Auftreten imponieren zu können. Alle Wagnungen zur Einigung scheiterten natürlich und so mußte der Ausschuss am letzten Freitag einen Spruch fällen, und zwar wurde dem einen Arbeiter die Summe von 800 Mark und dem anderen 330 Mark zugesprochen. Zu der Lohnfrage entschied der Ausschuss: Der Lohn für Hilfsarbeiter beträgt 8 Mark und für Facharbeiter 4,25 Mark. Der letztere Lohnsatz gilt auch für die Firma A. Handt. Die Arbeiterkraft sollte aus diesem Vorgang lernen und begreifen, daß nur durch die Organisation ihre Rechte wahrgenommen werden können. —

Kreis Quedlinburg-Uchersleben-Kalbe.

Kalbe, 12. Juli. (Ein bedauerlicher Unglücksfall) ereignete sich auf dem Schützenplatz. Ein junges Mädchen stürzte auf nicht unbeträchtlicher Höhe aus der amerikanischen Luftschaukel und trug erhebliche Verletzungen davon. Beide Arme sollen ihm gebrochen sein.

Kreis Uchersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 12. Juli. (Entsprungene Gefangene.) Aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis sind Sonnabend nacht sieben Gefangene entwichen. Sie haben das Gefängnis im zweiten Stockwerk zerstört und sich am Ubergang über den Saalbau begeben. Noch jetzt sieht man deutlich die Spuren ihres abenteuerlichen Abzugs. Die Wände sind zerkratzt von den Sohlen der Stiefel, man sieht noch die eingestrichenen Fensterscheiben. Der letzte, der entweichen wollte, ist betaggestürzt und verletzt am Boden liegend geblieben. Von den Entwichenen fehlt jede Spur.

Kreis Salzwedel-Gardelegen.

Weddendorf, 12. Juli. (Ein fürchterliches Unwetter) ging am Donnerstag nachmittag in der Weddendorfer Gegend nieder. Gewaltige Wasserfluten überfluteten Felder, Gärten und Dörfer. Die Fernspreitleitungen sind schwer beschädigt. Die Keller stehen unter Wasser. In Stübchen dehnt der Blick an vier Stellen und sicherte mehrere Gefangene ein. Durch die Überflutung wurde auch der Bahndamm der Strecke Debitzfelde—Salzwedel arg in Mitleidenhaft gesetzt und zwischen Siedenlangenbeck und Weddendorf unterbrochen. Ohne daß äußerlich etwas davon zu sehen war. Am 4. 16 Uhr nachmittags aus Debitzfelde abfahrende Personenzug diese Stelle passiert, kam er zur Entgleisung. Die Schienen sprangen auseinander, der Zug fuhr noch eine Strecke auf den Schwellen entlang und kam alsdann zum Stehen. Die Wagen ziften sämtlich die Kupplung entzwei, einige von ihnen stürzten um. Dabei wurden zwei Personen erheblich, einige andre leicht verletzt. Von Debitzfelde forderte man sogleich einen Hilfszug, der auch bald erschien. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten, nachdem eine Notbremse ertitelt war. Die Aufraumungsarbeiten werden durch das stehende Wasser sehr erschwert, was durch weiten Regen fast nicht abnimmt. —

Kleine Chronik.

Ein neues Zeppelinluftschiff. Am Freitag vormittag machte das neue und größte Zeppelinluftschiff R 72, das vor Ausbruch der Revolution von der Marineverwaltung in Auftrag gegeben und erst jetzt fertiggestellt worden ist, in Friedrichshafen seine erste glänzende verlustfreie Probefahrt. Das Luftschiff muß in Wäldern an Frankreich abgeliefert werden.

Raubüberfall auf einem Berliner Postamt. In der Nacht zum Sonntag wurde in Berlin am Sonnabend abend auf dem dort gelegenen Postamt 62 einem Kaufmann beim Aufgeben einer Postanweisung von einem jungen Manne die Briefstäsche entziffen. Der Täter ergriff die Flucht und gab auf seine Verfolger mehrere Schüsse ab. Hierbei wurde der Postauswärtiger Schmidt durch einen Oberkeulenstoß schwer verletzt. Der Täter konnte verhaftet werden. —

Schwerer Raubüberfall im Grunewald. In der Nacht zum Sonnabend wurde ein schwerer Raubüberfall im Grunewald verübt. Auf dem Hinterwege von Halensee nach seiner Wohnung wurde der Hausbesitzer H. an einer schlecht beleuchteten Stelle der Allee von zwei jungen Leuten überfallen, die ihm seine goldene Uhr zu rauben versuchten. H. setzte sich mit kräftigen Stoßschlägen zur Wehr und wurde auch wahrscheinlich seiner Begleiter geworden sein, wenn der eine von ihnen nicht pöblich seine Begleiterin aus der Tasche gezogen und den Überfallenden durch einen Schuß in den Unterleib niedergestreckt hätte. Die Räuber flüchteten sodann und überließen den Verwundeten seinem Schicksal. Es gelang diesem, die Aufmerksamkeit von Passanten zu erregen, die ihn der Insalfaktion zuführten. —

Der Berliner Frauenmörder verhaftet. Wir berichteten kürzlich über einen Frauenmord in einem Pensionat in der Marienstraße in Berlin. Ein angebliches Ehepaar hatte ein Zimmer gemietet und wenige Tage darauf fand man die Frau als Leiche im Zimmer, während der angebliche „Gemann“ verschwand war. Die Personalien der Leiche konnten bald festgestellt werden, es war die 22jährige Agnes Seiffert. Am Sonnabend wurde nun auf dem Bahnhof Wannsee der Mörder verhaftet und nach dem Amtsgerichtsgefängnis in Potsdam gebracht. Beamte des Berliner Polizeipräsidiums hielten ihn noch im Laufe des Tages nach Berlin, er wurde sofort vernommen und gab an, die Seiffert mit deren Einverständnis getötet zu haben. Es ist ein 33 Jahre alter, Photograph-Emil Schubert. —

Im Bahnhof Westinghaus in Rheinfelden liegt ein Besatzung in rauchender Geschwindigkeit ein, der nicht einen Beamten mit sich führte. Die telephonischen Anordnungen zum Nummerwechsel kamen erst, als der Zusammenstoß mit einem Rangierzug bereits erfolgt war. Der Sachschaden ist sehr groß; die meisten Wagen wurden zerstört. Der Besatzung war durch Umlegen auf eine abschüssige Stelle ins Rollen geraten und nicht mehr zu halten; so daß das Baggage ins Alle und das Leben zu retten, absperrt. Einige Beamte wurden leicht verletzt. —

Massenmörder Schumann vor Gericht.

Dr. Dr. Frey beantragt bei Beginn der Freitagsstunden Nachprüfung der Angaben des Angeklagten die beiden Transporteure, von welchen Schumann auf dem Transport nach Berlin angeblich schwer misshandelt sein will, zu laden, um festzustellen, was an den Erzählungen des Angeklagten wahr ist. Es beginnt darauf die Beweisaufnahme über die Erschließung des Lehrers Paul.

Der Behrers Paul befand in der Kolonie Falkenhagener See im Raubgrundstück, auf dem er mit seiner Frau und Kocher im Sommer wohnte. In der Nacht zum 22. Juni wurden die Schlafenden durch ein Feuer in die Flucht getrieben. Als sie aus der Laube hinaus wollten, entdeckten sie, daß von unbekannter Hand ein biederer Jauchz von außen gegen die Tür geschmettert war, so daß die Tür nicht aufging. Nachdem es ihnen mit vieler Mühe gelungen war, das Hindernis zu beseitigen, entdeckten sie, daß ein mit Holz gefüllter Schuppen brannte. Sie blühten das Feuer und wollten gerade wieder in das Haus hineingehen, als Frau Paul eine Gestalt zwischen den Säulen bemerkte. Sie schloffen die Tür schnell von innen. Im nächsten Augenblick schob sich eine rauhe gewaltige Hand durch den Fensterladen und verschlug den Fensterrahmen auf. Während Paul rief: Was wollen Sie denn hier? krachte ein Schuß, und Paul sank zusammen.

Wie die Zeugin Fräulein Paul bekundete, habe gleich darauf ein Mann mit Soldatenmütze durch das Fenster gesehen und die Pistolenmündung auf sie gerichtet. Sie habe gerufen: Biederer Mann, gehen Sie doch. Wollen Sie uns denn alle drei ermorden? Wir sind doch keine reiche Leute! Der Mann habe darauf die Pistole sinken lassen und sei weggegangen.

Vor.: Kennen Sie den Angeklagten als den Täter wieder? — Zeugin: Ich habe ihn, als er mir gegenübergestellt wurde, sofort wiedererkannt. — Vor.: Ist er es gewesen? — Zeugin: Ja. — Vor.: Haben Sie gar keinen Zweifel? — Zeugin: Nein; ich habe das Gesicht noch deutlich in der Erinnerung. — Vor.: Angeklagter, können Sie sich jetzt vielleicht entsinnen, in jener Nacht an dem Hause des Lehrers Paul gewesen zu sein? — Angekl.: Ich habe

weder geschossen noch Feuer angelegt. Nach meiner Meinung war ich zu jener Zeit überhaupt im Felde. — Auf Befragen des Vorsitzenden bekundete Fräulein Paul, daß ihr Vater erzählt habe, er sei dazugekommen, wie der Angeklagte am 22. Juni 1918 eine Frau Grabowitz verewaltigen wollte; dieser sei dadurch bei der Ausübung des Verbrechens gestört worden.

Frau Paul, die Witwe des erschossenen Lehrers, macht ihre Aussagen in stichtlicher Erregung, die um so erschütternder ist, als heute gerade der Sterbetag ihres Mannes ist.

Die Zeugen Moritz und Geiseler, die auf den Marmorkopf, daß der Lehrer Paul erschossen sei und das Haus brenne, an Ort und Stelle geeilt waren, haben deutliche Fußspuren, die vom Täter herrühren mußten, gesehen. Der Verdacht lenkte sich zunächst auf einen Kanonenkubbe in Spandau, der auch öfter in der Nähe des Sees gesehen worden ist. Diesen hat aber Fräulein Paul mit Bestimmtheit nicht als den Täter erklärt.

Zeuge Lehmann: Der Angeklagte hat bei seiner Vernehmung angegeben, daß er der Täter gewesen sei. Er sei bei einem seiner Spaziergänge um Mitternacht an der Laube des Lehrers Paul vorbeigekommen. Diesen habe er erkannt und sich an ihm rächen wollen, weil Paul hinzugekommen sei, als der Angeklagte ein Notzuchtverbrechen habe begehen wollen. Bedinglich um ihm einen „Schabernack“ spielen zu wollen, habe er die Laube angezündet, nachdem er die Tür durch einen Pfosten zertrümmelt hätte. Er habe dann zugehört, wie es brannte. Dann will er gehört haben, wie drinnen die drei Personen sich gegenseitig zugeredet hätten, den draußen stehenden Mann totzuschlagen, da habe er

einen Schuß durch die Tür abgegeben. Er habe dann durch das Fenster gesehen und dann bemerkt, daß der Mann erschossen war. Als die Tochter um Gnade flehte, habe er sich zurückgezogen.

Nach der Mittagspause kam es zu einem Zwischenfall. Die beiden als Anklagevertreter fungierenden Staatsanwälte wurden zu einer schleunigen Konferenz zu dem Oberstaatsanwalt gerufen, an der auch der Kriminalkommissar Dr. Kopp teilnahm. Nach Eintritt in die Verhandlung gab Staatsanwalt Hoffmann Dr. Steinbrecher folgende Erklärung ab: Mir ist eben eine Befragungsmaterial gegen den Kriminaloberwachmeister Lehmann und andre Beamte der Kriminalpolizei vorkam. Es ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft, restlos alles aufzuklären, was für und gegen den Angeklagten spricht, und deshalb ist es notwendig und liegt auch im Interesse der Staatsanwaltschaft, alles aufzuklären, was gegen den Zeugen Lehmann vorgebracht wird. Ich beantrage deshalb schon jetzt die Ladung des Fräulein Wehn, Spenerstraße 33, welche seinerzeit als Stenotypistin bei den Vernehmungen zugegen war.

Auf Beschluß des Gerichts sollen mehrere Zeugen geladen werden, so auch sämtliche Polizeibeamte, die bei der Vernehmung des Angeklagten zugegen gewesen, ebenso bei der Vorführung und Abführung desselben. Es folgt die Beweisaufnahme über den

Nach der Anklage soll sich dieser Mordfall folgendermaßen gestalten haben: Am 18. August v. J. soll der Giffstädter Niebock im Walde mit dem Angeklagten zusammengetroffen sein. kurze Zeit darauf seien Schüsse und Niebock kam schwappend aus dem Walde gelaufen. Er traf den Elektromonteur Gabriel, dem er zusammenbrechend folgendes erzählte: Er habe einen jungen Menschen im Walde getroffen, den er gefragt habe, was er hier wollte. Der Unbekannte habe geantwortet: „Nach Hause“ und gleichzeitig zwei Schüsse auf ihn abgefeuert. Er, Niebock, habe sofort nach seinem am Rabe befestigten Gewehr gegriffen und dem flüchtig gewordenen Atemtäter einen Schrot auf den Kopf geschossen. Niebock sei nach an demselben Abend ins Krankenhaus geschafft worden. Dort verstarb er, der zwei Bruchstücke erhalten hatte.

Der Zeuge Kollisionsbeamter Lehmann aus Falkenhagener hat den Angeklagten wiederholt in der Gegend herumlungern gesehen. Auch an dem Abend, als Niebock erschossen worden sei, habe er den Angeklagten in derselben Gegend getroffen. Nach kurzer Zeit seien zwei helle und ein dumpflingender Schuß gefallen. Der Zeuge erkennt den Angeklagten mit Bestimmtheit als den Mann wieder, den er damals in der Nähe seines Grundstücks habe herumstreifen sehen.

Sensation erregt die dann folgende Vernehmung des Kriminalkommissars Runke. Er äußerte sich dahin: Gestern teilte mir Fräulein Wehn, die Stenotypistin im Polizeipräsidium ist, folgendes mit: Fräulein Wehn, die als Stenotypistin die ganzen Vernehmungen Schumanns niedergeschrieben hat, habe den Damen mitgeteilt, daß sie sehr oft Zeugin gewesen sei, wie

der Angeklagte in übertriebener Weise misshandelt worden sei, so daß sie es als Frau nicht habe ertragen können. Sie sei sogar einmal aufgestanden und habe sich schützend vor den Angeklagten gestellt. Sie hat gesehen, daß Schumann einmal ein blaues Auge und ein zerkratzenes Gesicht gehabt hat, so daß er nicht fotografiert werden konnte, sondern zwei Tage gewartet werden mußte. Sie weiß auch, daß die Angehörigen der ermittelten Personen, durch die Beamten des Degerhals angezeigt, den Angeklagten ebenfalls misshandelt haben, ohne daß dagegen eingegriffen wurde. Als nun in diesen Tagen diese Verhandlung hier stattfand und Fräulein Wehn in den Zeitungen gelesen, daß Kriminaloberwachmeister Lehmann alles abgekniet, ist sie wieder sehr empört gewesen, hat mit den Schreibmaschinen-Damen darüber gesprochen und mich gefragt, wie sie sich zu verhalten habe. Ich habe mich dann mit dem Kommissar Dr. Kopp in Verbindung gesetzt, und da kamen mir zu der Ueberzeugung, daß mir im Interesse der Polizei diese Sache nicht ruhen lassen könnten. Wir sind zum Chef, dem Oberregierungsrat Hoppe, gegangen, und dieser hat die Angaben sofort zu Papier bringen lassen, um sie als Unterlage

für ein Strafverfahren gegen Lehmann und seine Beamten zu benutzen. Fräulein Wehn, die eine Tochter des verstorbenen Kriminalkommissars Wehn ist, ist ein absolut zuverlässiges Mädchen, ebenso Fräulein Kautz, der das allerbeste Zeugnis auszustellen ist. Es handelt sich nicht um bloße Klatschereien.

Der Staatsanwalt beantragt, die genannten Damen als Zeugen vorzuladen, aber auch den Dr. Frey darüber zu vernehmen, welche Personen ihm Beweismaterial über Misshandlungen auf der Polizei gemacht haben. — Dr. Frey: Ich würde ohne weiteres mein Zeugnis verweigern. Es handelt sich um zwei Personen, die bei einem Angeklagten objektive Beweise, ein blaues Auge und sonstige Verletzungen gesehen haben, die nur von Misshandlungen herrühren konnten.

Das Gericht beschließt, die Stenotypistinnen Wehn, Kautz, Weder, den Polizeiarzt und den Kommandanten zu laden, der Polizeiarzt Dr. Kutscher befragt, daß bei dem Angeklagten Wundflecken vorhanden war und daß er darüber gefordert hat. — Kriminaloberwachmeister Seeger, der bei den Vernehmungen des Angeklagten fast stets zugegen war, befreit sich entschieden, daß der Angeklagte von ihm oder anderen Beamten misshandelt worden sei. — Der Angeklagte bleibt dabei, daß er mit Schläger, Gumpel, Schwarz misshandelt worden sei und man ihn am Hals gepackt habe. — Staatsanwalt Horkmann: Schlägerlinge gehören gar nicht zum Ausrüstungsbestand des Kriminalbeamten. Hieran tritt Verlesung auf Sonnabend 1/2 Uhr ein. —

Verkehrs-Kalender.

Wasserstände.

Ort	Höhe	Veränderung	Ort	Höhe	Veränderung
Dardubitz	11.7	+ 0,21	Döben	11.7	—
Brandels	—	+ 0,29	Grochitz	—	+ 0,98
Delmitz	—	+ 0,45	Protha	—	+ 1,30
Leimertz	—	+ 0,6	Bernburg	—	+ 0,88
Auffig	—	—	Kalbe Dberpegel	—	+ 1,50
Predsen	12.7	- 1,30	Ratbe Unterpegel	—	+ 0,35
Ziegen	—	+ 0,9	Grheime	—	+ 0,43
Wittenberg	—	+ 1,74			
Höplau	—	+ 1,3			
Affen	11.7	—			
Magdeburg	12.7	+ 1,19			
Harburg	—	+ 0,92			
Fangermünde	—	+ 1,70			
Stettinberge	—	+ 1,41			
Elben	11.7	+ 1,56			
Dömitz	—	+ 0,96			
Darchau	10.7	—			
Wittenberg	11.7	—			
Sobinstorf	12.7	+ 0,93			

Wettervorhersage.

Donnerstag den 13. Juli: Zunehmende Bewölkung, warm, verwehtete Gewitter.

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Zülten. Nachdruck verboten.

(22. Fortsetzung.)

18. Kapitel.

Der Tod des Bruders.

Kurz nach seiner Ankunft im Konzentrationslager hatte Wilhelm seiner Schwester geschrieben, sie möge ihm Rache und, wenn möglich, Kleider für ihn, Elisabeth und die Kinder schicken und was notwendig war für das Kind, das sie erwarteten. Woche um Woche verstrich, ohne daß eine Antwort gekommen war. Wilhelm schrieb wieder, immer vergebens.

Er hatte schon die Hoffnung aufgegeben, eine Antwort zu erhalten, da wurde er eines Abends, als er von der Arbeit kam, in das Bureau gerufen. Ein Brief und ein Paket waren für ihn angekommen. Das Paket war mehr als zwei Monate unterwegs gewesen und enthielt Rache für die Kinder, Elisabeth und für ihn, sechs weisse Leinwand und Kleider von August.

Seine Schwester konnte noch nicht sein Unglück, als sie ihm den Brief geschrieben. Sie teilte ihm ein andres Unglück mit, das Wilhelm niederschmetterte: sein Bruder August war tot. Anfang September, an der Karne, war er gefallen.

Wie betäubt ging Wilhelm in seinem Zimmer auf und ab. Was er gefürchtet, war eingetroffen. Sie hatten ihn die Frau getötet und auch den Bruder. Den einzigen Bruder, der seinem Herzen ein Sohn war. Er hatte ihn beidseitig von seiner frühesten Kindheit an, über ihn gewacht, ihm das Handwerk gelehrt. Und nun war er tot.

Er sah ihn vor sich, mit frischen, roten Waden, lachenden Augen, einen Zug von Gutmutigkeit und Schelmerei um die

Maschinenwinkel. Auf ihn hätte er gehofft, wie ein Vater vom Sohne hofft, er werde vollenden, was er selber nur beginnen hat können. Er hatte sich mit der Idee getragen, August nach Paris kommen zu lassen und sich mit ihm zu etablieren.

Was war aus seinen Hoffnungen und Plänen geworden? Er war ein Bekler, und August war tot.

Und wie war er gestorben? Mit dem Wappen in der Hand und in Frankreich, das er betreten hatte als Feind.

Ja, das war es: Der Sohn hatte die Heimat des Vaters mit Krieg überzogen! Mordend und fengend hatte er das Land betreten, das nicht allein des Vaters Heimat gewesen, sondern auch ihm, dem Bruder, zur Heimat geworden war.

Welches Recht hatte er noch, sich zu beklagen und anzuklagen? War es der eigne Bruder nicht gewesen und den er selber erzogen hatte, der Frankreich mit Krieg überzog?

Wo war nun all sein Göt, den er unaussprechlich geglaubt? Gefährlichen, weggehenden vom Haupte der freien Luft, ausgeliebt von der Güte jener Frau, die seine Kinder liebgewonnen hatte und sie verzärtelte.

Der Tod, der ihn aufs neue traf, stieß seinen Göt anzufragen, machte ihn noch mehr verstimmt. In seinem Schmerz, so tief er war, mischte sich etwas ins Scham.

Mit welchen Gefühlen, fragte er sich, mochte August wohl gegen Frankreich marschiert sein? Hatte er überhaupt etwas gedacht? Er war vom eisernen Märdwerk der Kriegsmaschine gepackt, forgerissen, zertrümmert worden.

Und er war doch ein Mensch gewesen, eine Persönlichkeit, eine besondere Beschaffenheit. Und doch hat er mit müssen. ... Was müssen? — Warum müssen? — Die eisernen Disziplin? — Menschen töten! Er hat es müssen! — Und wenn er es nicht getan, wenn er gefragt hätte: Nein! Ich will nicht töten ...? So hätte man ihn getötet. — Und jetzt ...?

Wieviel Kinder hat er zu Waisen, wieviel Frauen zu Witwen gemacht, ehe er selbst getötet wurde, ehe er eines dunkeln und gräßlichen Todes gestorben, in dem Lande, das wohl nicht sein Vaterland, aber das Land seines Vaters war?

Und hatte er mit seinem Tode das Verbrechen der Freigeit gesühnt, sich zum Mörder erniedrigt zu haben?

War es denn nicht Freigeit gewesen, das ihn hinderte zu sagen: Nein, ich will nicht töten ...?

Mut! Geldentum! ... Als Sklave marschieren in der Millionenherde, ist das Geldentum?

Sein Heim verließ er in einem Heim, gewiß, das muß man.

Aber wer bedrohte sie? Warte, du, o Bruder, sicher, daß Frankreich, daß die Franzosen dein Land bedrohten? Daß die andere Millionenherde in Waffen, der du begebenst, Deutschlands Verderber wollte?

Sie war dir begegnet in Waffen und „mußt“ deine Waffen gebrauchen.

Aber was wußtest du von ihrem Willen? Was wußten sie von deinem Willen? ...

Du hast nicht zu wollen gewagt! Und weil du es nicht gewagt hast, faulst du nun, bevor es Zeit war, in fremder Erde, mo du Unheil gebracht hast über Schulmose, Wehrlose, Hilflose ...

Und wie sollte er der guten Frau selbst noch ins Gesicht sehen, mit diesem Bruder auf dem Gewissen? ...

Und was konnte er antworten, wenn sie ihm sagen würde: Es war vielleicht der Bruder, der mich zur Witwe gemacht? ...

Von Mischen geschäftelt, verbarge er in einer Erde seines Bruders Kleider, die ihm die Schwester geschickt hatte.

(Fortsetzung folgt.)